

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostfachsen

erschint jeden Montag vormittags \* Bezugspreis halbjährlich 1,20 Mark monatlich 2 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Der kommunistische Streikführer“, „Die Kommunisten“, „Die Arbeiterstimme“, „Der rote Stern“ \* Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-U., Güterbahnhofstraße 2, l. Fernsprecher: 17 250. \* Redaktion: Dresden-U., Güterbahnhofstraße 2, l. Fernsprecher: der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Samstags von 4—5 Uhr. \* Druckerei: Dresden, Emil Schlegel \* Druckpreis: 30 Halbfarbtöne für die normale gelbte Druckerei, 20 Halbfarbtöne für die Familienausgabe, 20 Halbfarbtöne für die Familienausgabe einschließlich des beigefügten Zeitungsbeilage \* Inserate werden bis 4 Uhr nachmittags eingegeben.

1. Jahrgang

Dienstag, 12. Mai 1925

Nummer 33

## Der Hindenburg-Kummel

### Die Polizei überfällt Roten Jungturm und Reichsbanner Koste wieder im Großen Hauptquartier

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Einmarsch des Reichspräsidenten Hindenburg fand im allgemeinen trotz vorhergehender großer propagandistischer Aufmachung und gewaltiger Agitation der nationalen Presse eine laue Stimmung und wenig Begeisterung. Aufmarschiert waren zum größten Teil Neugierige, vor allem Kleinbourgeoisie mit Kind und Kegel und einer Unmenge von Kinderwagen. Arbeiter waren nur ganz verschwindend vorhanden. Ein Zeichen dafür, daß die Kontrevolution lügt oder sich täuscht, wenn sie glaubt, daß die Arbeiter hinter ihr stehen. Statt dessen eine Unmenge Luxusautomobile, Damen in Pariser Moden und Kofetten. In der Bismarckstraße sah man neben den schwarz-weiß-roten Fahnen unerwartet viel schwarz-rot-goldene Hindenburg wurde von der zehnjährigen Jungfrau der Republik, der Tochter des Reichskanzlers Dr. Luther, auf der Heerstraße empfangen. Den gesamten Aufmarsch bedeckte und regelte ein ungeheurer starker Polizeiaufgebot. Im schnellen Tempo zog der Zug unter großem Lärm nach dem Hindenburgtor. Die Führung wurde mit dem nötigen Klamauf inszeniert. Mitglieder, Polizeistofftiere auf Motorrädern, berittene Schutzpolizei im Galopp, Studenten mit Fahnen, alles was nach Ansehung der Spitze zu einem nationalistischen Aufmarsch gehört. Das Reichskanzlerpalais selbst wurde durch einen dichten Polizeifordon abgeperrt.

### Polizeiüberfall auf Roten Jungturm

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Am Magdeburger Platz wurde ein Zug Roter Jungturm und Reichsbannerleute von der Polizei provoziert und mit Gummiknüppeln überfallen. Es wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Unter den Teilnehmern und unter dem Publikum herrschte über dieses Vorgehen große Erbitterung. Mit dem Reichsbannerleuten setzte darauf eine rege Diskussion ein. Ein Teil der „Schüler der Republik“ begann einzuziehen, wobei er gebraucht wird. Auf dem Winterfeldplatz fand eine große Demonstration statt. Die nationalen Verbände marschierten unter dem Schutze der Polizei ab.

### Die Amnestie

Die Morgenzeitungen melden, daß heute nach der Vereidigung des Reichspräsidenten sofort beim Amtsantritt offiziell der Erlass einer Amnestie verkündet werden soll. Wie bekannt ist, werden die Landesregierungen sich ohne weiteres der Amnestie anschließen. Wie weit die Amnestie gehen wird, ist noch nicht bekannt. Die Beratungen über die Amnestie wurden in den letzten Tagen nur von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum geführt, alle anderen Parteien waren ausgeschlossen. Jetzt erst sollen die einzelnen Parteien Stellung nehmen.

Die A. M. meldet zu der Frage: Die Reichsregierung ist mit der Prüfung der Frage eines Amnestiegesetzes beschäftigt und hat dies bereits dem Abgeordneten Dr. Kahl als Vorsitzenden des Ausschusses des Reichstages auf dessen im Auftrag des Ausschusses gestellte Anfrage mitgeteilt. Der Abg. Kahl hat von dieser Mitteilung, wie die Zeitungen berichtet haben, den Reichsausschuß bereits in seiner Sitzung vom 6. Mai unterrichtet. Weitergehende Entscheidungen sind in der Angelegenheit von der Reichsregierung nicht gefaßt worden.

### Berücksichtigter Eisenbahnerabbau Eine Folge des Verrates der Reformisten.

Von den Reformisten abgewürgten letzten Eisenbahnerstreik hat die Reichsbahn bekanntlich mit einer Erhöhung der Personentaxen um zehn Prozent beantwortet. Die paar Hunderttausend Löhner haben die Eisenbahner jetzt mit persönlichem Abbau bösen. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hatte kurz nach dem Streik beschlossen, die Personentaxen mit sofortiger Wirkung herabzusetzen und eine Prüfung des Personalbedarfs vorzunehmen. Die Präsidenten der einzelnen Direktionsbezirke sind angewiesen, sofort die Listen mit den abzuführenden Eisenbahnern einzureichen. Am 12. Mai soll eine Konferenz der Präsidenten in Berlin stattfinden, in der die Angelegenheit endgültig geregelt werden soll.

Kriegsgebrungen, um die gewaltige Erregung der Eisenbahner zu beschwichtigen, hat sich nun der Reichstagsausschuß zu einer einstimmig angenommenen Entscheidung aufgeschwungen, in der gegen das Verhalten der Reichsbahnverwaltung die Verwarnung eingelegt wird. Der Reichstag wird ersucht, die zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der Reichsbahnbeamten notwendigen Schritte zu beschließen.

### Kostes respektvoller Gruß

Bei der Abfahrt Hindenburgs von Hannover, die auch dort zu einem nationalen Kummel gemacht wurde, hielt Koste eine Ansprache an Hindenburg, in der er unter anderem erklärte: „Ich entbiete Ihnen, Herr Reichspräsident, einen respektvollen Gruß. Sie hatten sich vor langen Jahren in Hannover niedergelassen, um ihr Leben in Ruhe zu verbringen. Dann kam der Weltkrieg, und als die Rot des Volkes am höchsten war, da rief man Sie an die Ostgrenze, wo Sie den Ruhm des deutschen Heeres auf Jahrhunderte hindurch als neue geleistet haben. Nun scheiden Sie nach des Staats. Unter Volk leidet unendlich Rot, mittelmäßiger und nationaler Art. Millionen gläubiger Augen blicken auf Sie, unzählige Wünsche geleiten Sie zu ihrem neuen Amt. Möge es Ihnen möglich sein, das deutsche Volk glücklicheren Zeiten entgegenzuführen.“ Mit einem dreifachen Hoch schloß Koste seine Rede. Hindenburg erwiderte dem Königstreuen Sozialdemokraten: „Ich verpöche, der Armen und Elenden ganz besonders zu gedenken, und auf einen Ausgleich aller Volkskreise hinzuwirken.“

Wenn fällt bei solch schöner Einigkeit nicht Philipp Scheidemanns „In Zeiten höchster Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich“ und Wilhelms des Letzten „Ich kenne keine Parteien mehr“ ein?

### Die sächsischen Demokraten sabbern

Die sächsischen Demokraten veröffentlichen einen Gruß an Hindenburg, in dem sie für den Widerstand im Wahlkampf um Verdrängung bitten und erklären: „Das ganze deutsche Volk schuldet Ihnen die Achtung, die dem selbst gewählten Staatsoberhaupt gebührt. . . . Hindenburg war während des Krieges der Führer des im Felde stehenden Volkes in Waffen, Reichsblut und Volksblut gab es im Kampfe mit dem Feinde nicht. . . . Möge es Hindenburg als Reichspräsident vergönnt sein, ein als Schicksalsgemeinschaft sich fühlendes Volk zu führen.“

Alles ist sich einig zum Kampf gegen die Arbeiter.

Der DGB wendet sich natürlich jetzt auch gegen die Maßnahmen der Reichsbahnreform. Warum auch nicht? Die Eisenbahner sind durch den verlorenen Streik abgekämpft und niedergelassen, so daß ein zweiter Streik sobald nicht zu erwarten ist. Da kann man schon einmal ohne Gefahr radikalere Töne schwingen.

Die Schuld der Reformisten liegt nicht nur in der Abwägung des letzten Streiks, sondern vor allem in der Verpflichtung zum Damesabkommen. Hier liegt der Grund aller leibhaftig geschehenen Verdrängungen. Auch Verrat verpflichtet und deshalb werden die reformistischen Gewerkschaftsführer keinen ernsthaften Kampf führen, genau wie beim Streik, und den Eisenbahnern nur ein Theater vormachen. Die Beilegung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, das ist und bleibt die Vorbedingung eines erfolgreichen Kampfes der Eisenbahner.

### Weitere Massenentlassungen im Ruhrbergbau

Dortmund, 12. Mai. (Eigene Meldung.) Auf der bekannten Mördergrube „Königstein“ sind zum 15. Mai 190 Mann gefeuert worden und zum 1. Juni ist bereits eine namentliche Liste von ungefähr 100 Kumpeln fertiggestellt, die entlassen werden sollen.

Auf der Nachbarsche „Fürst Hardenberg“ haben am 1. Mai 118 Kumpeln ihre Kündigung zugestellt bekommen.

Die Schachtanlage „Rühl“ bei Dortmund hat ebenfalls wieder 50 Bergleute entlassen. Außerdem werden dafelbst regelmäßig Bergschichten eingelegt. Die Belegschaft der Schachtanlage ist von 4000 auf 2000 zurückgegangen. Weitere Entlassungen stehen noch bevor.

### Schredensurteil in Bulgarien

10 Todesurteile.

Sofia, 11. Mai. Im Prozeß gegen die Mientale auf den König und die Kathedrale wurde heute vom Kriegesgericht das Urteil verkündet. Der Ritter Jodgowski und die Angeklagten Gredmann, Abadjeli, Stanke, Dimitzi, Gredmann, Abadjeli, Petzini, Kossowki und Kossowki wurden zum Tode, Daskaloff zu 6 Jahren und Kamburoff zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil gegen die Angeklagten Abadjeli, Dimitzi, Gredmann, Kossowki, Petzini und Kossowki erfolgte in Abwesenheit.

### Eine Tagung von historischer Bedeutung

Der Zentralkomitee der KPD.

Am Sonnabend und Sonntag den 9. und 10. Mai tagte in Berlin der Zentralkomitee unserer Partei. Als eines der glänzendsten Zeichen der engen Verbindung mit den Arbeiterelementen darf auch von dieser Sitzung gesagt werden, daß mehr denn 1/2 der Stimmberechtigten Mitglieder aus Arbeitern aus den Betrieben bestanden. Der Zentralkomitee bedeutet — das darf ohne Übertreibung gesagt werden — einen weiteren und seit Frankfurt wohl den wesentlichsten Schritt auf dem Wege der Bolschewisierung der Partei. Der Zentralkomitee mußte eine Analyse der Lage, der schwierigen Situation der Partei geben, er mußte aber auch festlegen, wie sich die Partei in der schweren Zeit verhalten soll. Nie hatte die Partei einen besseren Gradmesser für ihren Fortschritt und ihre Reife wie jetzt, wo es galt einen Weg zu beschreiten, der alle Wunden des Brandlerismus so eng berührt, nie zeigte sich das große Verbrechen der Brandlerpolitik mehr als jetzt. Deutlich trat zutage, wie dieser Brandlerismus die Partei noch heute hemmt.

Nicht nur, daß es in der Partei noch einige Leute gibt, die immer wieder versuchen, aufzusteigen, die Partei auf Abwege zu drängen. Nein, die verhängnisvollen Fehler des Brandlerismus haben die Partei auch in ihrer politischen Entfaltung gehemmt, sie zeitweilig in eine starre Haltung gedrängt und dadurch ihre Verbindung mit den breiten Massen der Arbeiter gestört oder doch geschwächt. Jetzt mußte der Zentralkomitee zeigen, ob die alten Wunden geheilt sind, ob die Partei zur Zentralfunktion, die im Kampf gegen den Brandlerismus die Partei rettete, im notwendigen Maße Vertrauen besitzt. Ob die Partei versteht, die Lage einzuschätzen wie sie ist, ob sie innerlich genügend fest und lenkbar ist, ob sie weit durchgearbeitet, daß sie begriffen hat, was in den Thesen über die Bolschewisierung der Parteien gesagt ist: „Wenn unsere Parteien bolschewistisch werden müssen, dann sind sie noch nicht bolschewistisch.“ Es ist klar, die Bolschewisierung wird nicht auf einmal erworben, sondern die Aneignung dieser Eigenschaft wird ein langer und mühevoller Prozeß sein, der nicht allein durch das Studium von Thesen geschehen kann. . . sondern der der Nachprüfung an den praktischen Erfahrungen des täglichen Kampfes und der Ausprobierung unserer Auffassungen in den täglichen Kämpfen bedarf.“

Für die deutsche Partei war eine Entscheidung über diese Fragen, über die Ausprobierung der Taktik im täglichen Kampf besonders schwerwiegend. Hatte doch Brandler die Partei auf ein totes Gleis geschoben und mußte die Partei erst wieder flott gemacht werden. Aber die Partei muß manövrieren können. Sie muß es verstehen, daß man nicht allein mit einer starren, festgelegten Linie den Kampf um die Mehrheit der Arbeiter führen kann. Diese Entscheidung des Zentralkomitees war eine Entscheidung von historischer Bedeutung. Bedeutete sie doch einen festen, energischen Abschluß unter die Fehler und Schwächen der Vergangenheit setzen, bedeutete sie doch die Erkenntnis der Kraft der Partei, aber noch weit über diesen Rahmen hinaus besaß die Entscheidung Bedeutung für die gesamte Internationale. Die deutsche Partei soll und muß der Komintern und den ausländischen Bruderparteien zeigen, wie man zwischen zwei Wellen der Revolution die Massen gewinnen und dennoch eine leninistische Partei bleiben kann. Zwischen zwei Wellen der Revolution manövrieren und dennoch nicht im Opportunismus und Reformismus verfallen.

Die Delegierten des Zentralkomitees waren sich des Ernstes ihrer Aufgabe wohl bewußt. Keiner hat die Gefahren übersehen, die der Partei aus einer solchen Taktik entstehen können. Der Zentralkomitee hat alle Seiten einer solchen Taktik geprüft. Er hat die Lage eingehend untersucht. Als ein praktisches Dokument, als ein Beginn der Arbeit lag dem Ausschuss der Offene Brief der Zentrale und die Freudentaktik vor.

Der Zentralkomitee mußte feststellen die Lage ist anders wie zur Zeit der offenen Briefe 1921 und anders wie zur Zeit des Brandlerismus. Damals hatten wir Bürgerkrieg, eine aufwärts fliegende Welle der Revolution, jetzt haben wir nur Klassenkampf und eine Stagnation der revolutionären Bewegung. Wir haben hinter uns die Lehren einer solchen Anwendung der Einheitsfront-Taktik und große Erfahrungen.

Gegen die falsche grundsätzliche Anwendung hat die Partei in harter und schwerer Arbeit einen Damm gebaut. Gewiß sind wir auch jetzt wieder bereit, mit den „republikanischen Parteien“ ein Stück zusammenzugehen, so weit diese elementare Forderungen erfüllen. Aber wir wissen von vornherein, daß, falls ein solches Zusammengehen zustande kommt, einstens unsere zeitweiligen „Ver-



**Hündchen** — verhöhnt durch ein gemeinsames Ziel — immer unsere Feinde sind und sich in einem bestimmten Augenblicke als solche demaskieren müssen; zweitens, daß nicht wir mit ihnen, sondern sie mit uns gehen (gezwungen durch Massendruck); und drittens, daß sie in jedem Augenblicke uns und die Massen zu betrügen bereit sind, was wir vorher sagen."

Die Partei hat sich losgelöst von dem brandleristischen Gedanken, die SPD, den "verirrten großen Bruder", aus dem Lager des Bürgertums auf den rechten Flügel der Arbeiterbewegung zu ziehen. Diese in bitteren Erfahrungen erworbene Erkenntnis hat die Partei wieder manövrierfähig gemacht. Die Partei wird zukunftsweisend mit dem Gegner, nachdem sie diesen durch Massenruck, durch das Aufrollen einer Bewegung in den Betrieben dazu gezwungen hat, kein Bündnis ohne Massenbewegung.

Die Aussprache auf dem Zentralkongress war der Situation und dem Geist der Aufgabe entsprechend, ernst und eindringlich. Die Delegierten haben aber nach eingehender Diskussion und Prüfung in großer Mehrheit den Schluß der Zentrale gebilligt, die Resolution zum Zentralkongress angenommen. Die Partei hat einen weiteren Schritt vorwärts getan. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß gerade die Bezirke, die im jahrelangen Kampf gegen die Brandlerzentrale ihre Kraft und theoretische Grundlage gefaßt haben, die ersten waren, die sich auf den Boden neuen Taktik stellten. Berlin-Brandenburg, Rheinland-Westfalen, Hamburg-Bremen, die Delegierten dieser Bezirke, die mit der jetzigen Parteizentrale durch lange Kämpfe eng verbunden sind, erklärten auf die Bedenken anderer Delegierten, sie werden schon die Kraft haben, wenn Gefahren eintreten, den Widerstand abzuwehren.

Gewiß wurden viele Bedenken geäußert, was konnte sich eine Anzahl Delegierter noch nicht zur vollen Zustimmung entschließen. Einig waren aber alle darin, daß ein neuer Weg der taktischen Maßnahmen beschritten werden muß. Der Zentralkongress diskutierte, wie in einer bolschewistischen Partei diskutiert werden muß. Nach der Abstimmung wurde aber ein einheitliches Vertrauensvotum für die Zentrale angenommen.

Der Zentralkongress hat gesprochen. Aufgabe der Gesamtpartei ist es nun, ohne Zögern den Weg zu beschreiten, die Partei vorwärts zu führen, sie vor einem Absturz zu bewahren. Wir sind überzeugt, die Partei wird die Arbeit leisten, der Internationale und der Komintern zum Beispiel, der Revolution zum Erfolg. Heran an die Arbeit!

### Die Waffenliefer-Konferenz

**Genf.** Als besondere "Konfession" der Genfer Völkerbundskonferenz zur internationalen Kontrolle der Waffenhandels wird ein amerikanischer Vorschlag behandelt, der die Ausfuhr von Giftgasen aus einem Land ins andere verbietet. Zur vorläufigen Genehmigung der Massen macht die Presse daraus schon ein "Verbot" der Anwendung von Giftgasen. Davon kann natürlich schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Konferenz ausschließlich den Waffenhandel, nicht aber die Kriegsmaterial-Produktion behandelt. Von irgend einer Kontrolle der Fabrikation ist keine Rede. Daß ausgerechnet Amerika sich "moralisch" gegen die Giftgase wendet, ist um so ironischer, da doch bekanntlich eben die amerikanische Armee ungeheure Fortschritte auf dem Gebiete des Gaskrieges gemacht hat. Wenn Amerika jetzt die Ausfuhr der chemischen Kriegsmittel verbieten will, so geht das höchstwahrscheinlich vor allem gegen Frankreich, das durch die Ruhrbesetzung und spätere Geheimabkommen mit der deutschen chemischen Industrie die gesamte chemische Produktion des Rheinlandes in den Dienst seiner Kriegsvorbereitungen stellen könnte. Was solche "Verbote" übrigens wert sind, zeigt doch eine aktuelle Standaalaffäre in London: Die englische Regierung hat die von den Oppauer Werken erworbenen chemischen Geheimnisse einer englischen Privatfirma zwecks Fabrikation von Kriegsgasen "verkauft". Es brauchen also keine "Gase", sondern bloß die Patente "ausgeführt" werden.

### Um die Kölner Zone

**London, 11. Mai.** (Telunion.) Wie "Daily Mail" aus Paris berichtet, hat das französische Auswärtige Amt zwei wichtige Noten, und zwar eine wegen der Räumung Kölns und die zweite wegen des deutschen Sicherheitsangebotes, fertiggestellt. Ueber den Inhalt berichtet das Blatt, daß Deutschland, ehe der Sicherheitsvorbehalt angenommen werden könne, bestimmte Bedingungen zu erfüllen habe. Vor allem müsse es ohne Vorbehalt dem Völkerbund beitreten, müsse die Unabhängigkeit Oesterreichs garantieren und alle territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages treulich achten. In französischer diplomatischer Art wird, daß der Sicherheitsvorbehalt der "Daily Mail" hinzu, erwartet man, daß diese Bedingungen die Wirkung haben werden, Deutschland zur Zurücknahme seines Angebotes zu veranlassen.

Die Meldung zeigt, daß Frankreich daran geht, Gegenzüge gegen die englische Politik der deutschen Kapitalisten einzuleiten. Frankreich weiß, daß die Wahl Hindenburgs einen Zug der englischen Bourgeoisie bedeutet. Frankreichs Kapitalisten wollen Deutschland durch den Völkerbund binden und die Front gegen Rußland allein wachen.

### Neue Fälschungen Zantoffs

**London.** Der außenpolitische Mitarbeiter des "Daily Herald" schreibt: Nachdem die bulgarische Regierung falsche Dokumente fabriziert hat, um die Schuld der Dritten Internationale am Kirchenattentat in Sofia zu beweisen, ging sie jetzt einen Schritt weiter. Sie weiß, daß die Regierungen der Weltmächte nicht so leicht gegen die Dritte Internationale als gegen die Sowjetregierung "Beweisstücke" brauchen. Und sie tut ihr Bestes, um sie zu liefern. Sie habe beides die photographische Kopie des neuesten Dokuments gesehen, welches "beweisen" soll, daß das Volk-Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten die Gelder für Verhörmittel geliefert hat. Wie so viele dieser Sorten, ist das Dokument nicht nur eine Fälschung, sondern eine sehr plumpe Fälschung. Das Briefpapier, auf dem das Dokument geschrieben ist, mag eine geschickte Nachahmung sein. Der Fälscher hat aber der Unterschrift "USSR, Volks-Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten" noch die Worte: "Krem, Moskau" hinzugefügt. Er meinte wahrscheinlich, daß das Moskauer Auswärtige Amt im Krem untergebracht sei. Das Ergebnis ist, daß das Dokument einen Kopf trägt, der so ähnlich klingt, als würde man über einem englischen Dokument lesen: "Auswärtiges Amt, Buckingham-Palast". (Agf. Galais.)

Der Brief ist an eine phantastische und nicht existierende "Bevollmächtigte Gesellschaft der Komintern" gerichtet. In den Unterschriften geht die Phantasie noch weiter. Die eine Unterschrift ist unleserlich und lautet: "Für den Geschäftsträger der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken". Ein wunderbar erdachteter Titel! Die andere Unterschrift, "Bredin" oder "Gredin" soll ein "Mitglied des Bureaus des Auswärtigen Amtes" sein.

In Wirklichkeit sind Mitglieder dieses Bureaus, wie bekannt, Tschitscherin, Litwinow, Katsowski, Kotschew und Aralow. Die ganze Geschichte wäre recht komisch, wenn diese gefälschten Dokumente nicht dazu verwendet worden wären, Männer an den Galgen zu bringen.

### Genosse Rabattschief ermordet?

**Rom.** Wie die kommunistische "Unita" meldet, ist Genosse Rabattschief, einer der Führer der bulgarischen Kommunisten und Parlamentsabgeordneter der Arbeiter von Sofia, von den Zantoff-Banden wahrscheinlich ermordet worden. Genosse Rabattschief wurde vor anderthalb Jahren von der Zantoff-Regierung verhaftet und seitdem ohne Begründung in Haft gehalten. Seit den letzten Ereignissen in Bulgarien fehlt über ihn jede Nachricht.

### Die Amsterdamer beschließen die Politik der internationalen Räuber

**WTW. Paris, 12. Mai.** Das Exekutivkomitee der Sozialistischen Internationale hat in seiner heutigen Schlussitzung die allgemeine politische Lage, besonders den Stand der Sicherheitsfrage, besprochen. Es hat eine Tagesordnung angenommen, die die Beschlüsse vom Januar hinsichtlich des Genfer Protokolls bestätigt. Gleichzeitig ist das Sekretariat der Internationale beauftragt worden, im Einvernehmen mit den unmittelbar interessierten Parteien eine Konferenz dieser Parteien zusammenzuberaufen, um die Haltung der Internationale angesichts der eventuellen Entwicklung des Sicherheitsproblems zu bestimmen. Der Ausschuss beschäftigt sich ferner mit dem Abschlussentwurf und nahm eine Tagesordnung an, in der die Franzosen, Engländer und Deutschen aufgefordert werden, eine energiegelbe Aktion einzuleiten, um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens in ihren Ländern zu erzielen. Das Bulgarien anstreift, so hat der Exekutivkomitee eine Kommission eingesetzt, damit eine Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanstaaten in kürzester Zeit in Prag zusammentreten könne.

Die Mitteilung zeigt, daß die Sozialdemokraten die imperialistische Räuberpolitik nach und nach decken. Der Schwindel des Washingtoner Abkommens soll nur dazu dienen, die Arbeiter zu täuschen.

### Die russisch-französischen Bankverhandlungen gescheitert

**Paris, 12. Mai.** Die Bevollmächtigten der Moskauer Staatsbank, die Direktoren Taratuta und Schagoff sind trotz dreimonatiger Verhandlungen mit den französischen Banken in ihrem Versuch, eine gemischte russisch-französische Bank zu gründen, völlig gescheitert. Die Verhandlungen wurden hauptsächlich mit der Union Parisisien, der Bank De Paris und dem Kredit Lyonnais geführt. Von russischer Seite hatte man eine gemischte Bank mit einem Kapital von 200 Millionen Goldfranken (20 Millionen Goldmarken) vorgeschlagen, wobei die russische Staatsbank die Hälfte der Summe einzahlen sollte. Der Betrag wurde jedoch von den französischen Banken für zu hoch befunden. Als Taratuta und Schagoff vorzschlugen, den Betrag auf 20 Millionen Goldfranken (2 Millionen Goldmarken) herabzusetzen, hatten die französischen Banken es sich anders überlegt und lehnten den Vorschlag rundweg ab. Die Verhandlungen sind darauf endgültig abgebrochen worden.

### Verkäufte Volkswirtschaften in England

**WTW. London, 12. Mai.** "Daily Mail" zufolge hat gestern eine Abordnung der konservativen Parlamentarier der den Staatssekretär des Inneren aufgefordert und ihm nahegelegt, die Regierung müsse eine energiegelbe Haltung gegenüber den hochverräterischen bolschewistischen Untrüben in England einnehmen und die Zurückziehung der diplomatischen Anerkennung der russischen Regierung ins Auge fassen. Es heißt, daß Chamberlain in seiner Antwort betont habe, die Zurückziehung der diplomatischen Anerkennung würde ein sehr ernster Schritt sein, besonders dann, wenn andere europäischen Staaten diesem Beispiel nicht folgen sollten.

### Der Krieg in Marokko

**Paris, 12. Mai.** Poincaré hat gestern nachmittag mit dem Marokko Betan und dem General Debrun über die Lage in Marokko beratschlagt. Einem offiziellen Bericht zufolge ist es dem Obersten Freydenberg gelungen, nach heftigen Kämpfen einen französischen Vorposten zu reorganisieren. Ein längerer französischer Bericht enthält beachtenswerte Aufschlüsse über Ausrüstung und den Kampfesmut der Soldaten des Rifkomplexes. Insbesondere verriet Abd el Krim über 15.000 Mann reguläre Truppen, die von deutschen und russischen Offizieren kommandiert werden. Die Ausrüstung ist mit modernsten Waffen ausgestattet und verfügt über Feldartillerie und ein Kampfgeschwader von heben Flugzeugen.

### Schwere Artillerie geht nach Marokko

**Paris, 12. Mai.** Das Kriegsministerium hat die Entsendung einer Abteilung schwerer Artillerie nach Marokko beschlossen.

### Es lebe die Einheit trotz alledem!

**Präsidentenwahl zum sozialdemokratisch-monarchistischen Bündnis in Preußen.**

Der "Vorwärts" schreibt am Sonnabend morgen: "Die Regierung Braun hat eine Mehrheit im Landtag, und wenn sie die Wähler ruft, kann sie eine viel größere Mehrheit haben. Das sind die beiden Tatsachen, auf denen jede Preußenpolitik, die den ewigen Streit treiben ein Ende setzen will, nun steht ab machen muß. Das heißt natürlich nicht, daß um die Regierung und die Regierungsparteien ein Jaun gebaut werden müßte mit der Tafel: "Eintritt verboten". Aber was es wirklich heißt, das soll mit möglicher Klarheit ausgesprochen werden.

Der Reg. den die Sozialdemokratische Partei in Preußen geht, ist seit Jahren bekannt. Ihn verfolgt sie weiter, auf ihm hält sie mit jedem, der ihn mißgeht, gute Kameradschaft."

Die "Börsen Zeitung" berichtet am Morgen des 9. Mai: "Der Dauertrieb in Preußen müßte einmal ein Ende gemacht werden. Aber alle Parteien der Weimarer Koalition waren in dem Vorjah einig, über die Verbreiterung der parlamentarischen Politik nach der Abstimmung weiter zu verhandeln, wenn das Kabinett Braun eine Mehrheit erhielt."

Das Organ der schwarz-weiß-toten Deutschen Volkspartei, "Die Zeit", erklärt:

"Die fehlenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei waren der Abgeordnete Detjen, der wegen einer Familienangelegenheit entschuldigt fehlte, sowie die Abgeordneten Beder, Magdeburg, von Egnern, Dr. Kriege und Schmidt-Düsselndorf. Das Fehlen dieser Abgeordneten hängt mit der gestern gegebenen politischen Situation zusammen. Die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft war nach den gestern geführten

Verhandlungen bereits sehr weit gediehen. Es war bekannt, daß das Zentrum sich für eine solche Lösung einzuweisen bereit war, so daß Aussicht zu bestehen schien, diese Lösung trotz der geltend noch vorhandenen Schwierigkeiten und Gegenstände schließlich doch noch zu erreichen. Unter diesen Umständen glaubten sich die hier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei zur Stimm-enthaltung für verpflichtet. Es bedarf keiner Betonung, daß es sich dabei nur um eine taktische Haltung handelt, und daß die Fraktion vollkommen gelöst aus ihrer bisherigen Haltung besteht, wonach eine Rückkehr zur Großen Koalition unmöglich ist und eine Regierungsbildung mit Einschluß der Deutschnationalen angestrebt werden muß. Die Politik der Fraktion geht nach der gezeigten Abstimmung darauf hinaus, das Kabinett der Großen Volksgemeinschaft doch noch zustande zu bringen."

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt in ihrer Abendnummer vom 9. Mai:

"Die Deutsche Volkspartei denkt nicht daran, ihre bisherige Haltung aufzugeben, insbesondere nicht die Forderung und Beilegung der Deutschnationalen an der Regierung; sie denkt nicht daran, die Hoffnung der Linken auf Rückkehr zur Großen Koalition" zu erfüllen, obwohl man von weitgehenden Anerbietungen spricht.

Der sozialdemokratische Vorschlag der in dem gestern diskutierten Vermittlungsantrag des Sammelbündnisses einbezogen war, wird mit dem schwerangegriffenen Bündniszustand des jetzigen Innenministers begründet. Man spricht davon, daß Severing Innenminister, sich von seinem Amt zurückziehen. Er wird als Nachfolger des jetzigen Oberpräsidenten und Reichsbannerführers Hering in Magdeburg genannt."

Der "Berliner Lokalanzeiger" berichtet am Sonnabend:

"In den Verhandlungen des Landtages sprach man heute davon, daß der Minister Severing, der als Regierungspräsident nach Wiesbaden oder an die Stelle Hering als Oberpräsident nach Magdeburg gehen dürfte, durch den Volksparteilern Abgeordneten von Egnern als Innenminister ersetzt werden könnte. Herr von Egnern, der Oberverwaltungsgerichtsdirektor ist, würde auch als Nachminister anzuweisen sein. Von deutschnationaler Seite wird verneint, daß die Fraktion lediglich zur Mitarbeit an einem reinen Beamtenkabinett bereit sei.

Die Verhandlungen unter den Fraktionen des Preussischen Landtages über eine Dauer verprechende Lösung in der Preussensprekris gehen weiter — trotz des gezeigten "Steigs" der Linken, dessen Kursabsicht die Anhänger der Weimarer Koalition natürlich nicht verbergen ist. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei wird kein Hehl daraus gemacht, daß die hier aber fünf Fraktionsmitglieder, die sich der Abstimmung enthalten haben, dabei von der Bühne verdrängt wurden, es nicht zur Landtagsauflösung kommen zu lassen, nachdem die Erfolg versprechenden Verhandlungen des gestrigen Tages endlich die Möglichkeit eines Abgleiches der Gegensätze gestatten.

### Sieg der Opposition

**bei den Eisenbahnbetriebsräte-wahlen.**  
**Chemnitz, Werkstatte:** Opposition 670 Stimmen; DEB 642 Stimmen; Christen 213 Stimmen.  
**Leipzig, Werkstatte:** DEB 507 Stimmen; DEB 328 Stimmen.  
**Saunertalwerkstatte München:** DEB 330 Stimmen — 4 Sitze; DEB 295 Stimmen — 3 Sitze; DEB 185 Stimmen — 1 Sitz; Betriebswerkstatte Hubsburg: DEB 351 Stimmen 4 Sitze; DEB 335 Stimmen 4 Sitze; DEB 178 Stimmen — 2 Sitze.  
**Materialinspektion:** DEB 10 Stimmen; DEB 7 Stimmen; DEB 3 Stimmen.  
**Bahnkraftwerk:** DEB 26 Stimmen; DEB 6 Stimmen; DEB 13 Stimmen.  
**Bahnhof Velm:** DEB 103 Stimmen; DEB 30 Stimmen; DEB 40 Stimmen.  
**Betriebswerkstatte Ostbahnhof (Selegsdorf) 250 Mann abgestimmt 218):** DEB 36 Stimmen — 2 Sitze; DEB 137 Stimmen — 1 Sitz; DEB 25 Stimmen — 1 Sitz.

### Die Gemeindevahl in Limbach

Die SPD. bleibt die stärkste Partei, Niederlage der SPD.

**Limbach i. Sa., 12. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) Trotz allgemeiner persönlicher und politischer Hege hat die SPD. in der stattgefundenen Stadtratswahl ihre Mandate gehalten, während die SPD. ein Mandat an die Bürgerlichen verlor. Die Zweitstimmenergebnisse der "Wahlberechtigten" hat den verneinlichen "Ernungungs"-Parteien zu einem Mandat verholfen. Die Wahl ist ein neuer Beweis, daß die kommunistische Hochburg nicht zu erschüttern ist.

Auf die einzelnen Listen entfielen:  
Liste 1, Vereinigte Ordnungsparteien 4000 Stimmen (50,57).  
Liste 2, SPD. 2763 Stimmen (34,57).  
Liste 3, SPD. 888 Stimmen (11,13).  
Liste 4, Berufstätige Verbraucher 222 Stimmen (—).

Die in Klammern gelegenen Ziffern geben die Stimmzahlen vom zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl wieder. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent gegen 82 Prozent im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl.

An Mandaten erhält Liste 1 14 (13), Liste 2 10 (10), Liste 3 3 (4), Liste 4 — (—).

Während die Ordnungsparteien wie auch die Sozialdemokraten nicht nur absolut, durch die geringere Wahlbeteiligung sondern auch relativ verloren, konnten die Kommunisten im Verhältnis ihre Stimmzahl vom 26. April halten. Das beweist die nachstehende Aufstellung des prozentualen Verlustes.

Es verlieren: Liste 1 20,8 Prozent, Liste 2 12,3 Prozent, Liste 3 14,4 Prozent.

Auf Betreiben der bürgerlichen Ordnungsparteien und der mit ihnen Hand in Hand arbeitenden SPD. hat der sozialdemokratische Innenminister Max Müller das Stadtratsmandat Kollegium von Limbach aufgelöst. Sie heißen bei Neuwahlen die Kommunisten zu schlagen.

Diese Hoffnung ist fehlgeschlagen. Trotz der bürgerlichen und sozialdemokratischen Hege bleibt die kommunistische Fraktion in das Limbacher Stadtratsparlament in gleicher Stärke ein wie vor der Auflösung. Die SPD. bleibt die stärkste Partei. Gegenüber verlor die SPD. ein Mandat an die Bürgerlichen, was durch die Ordnungsparteien leicht die Mehrheit haben.

Max Müller und die SPD. verstanden nicht der SPD. Abbruch zu tun, sie haben ihre eigene Partei kaputt geschlagen, aber sie zu tun, daß die Gemeindevahl Limbach jetzt den Ordnungsparteien ausgeliefert wird. Das ist der "Erfolg" der verräterischen SPD.-Politik, und die Limbacher Arbeiterchaft wird es der SPD. noch mehr heimzahlen.

Die vereinigten Ordnungsparteien waren bei der letzten Reichspräsidentenwahl im Vorprogramm. Auch hier haben wir Presse geschlagen. Sie verlieren 1057 Stimmen gleich 20,8 Prozent, haben also relativ den größten Verlust. Wir haben also einen Anteil in die falschlich-reaktionäre Front geschrieben. Das politische Gebäude dieser Parteien beginnt ebenfalls wie das der bürgerlichen Arbeiterpartei, der SPD., zu wackeln. Der Wählerfolg der Kommunisten bürgt dafür, daß die Bäume der bürgerlichen Reaktion nicht in den Himmel wachsen. Die Limbacher Arbeiter werden unter Führung der SPD. die reaktionären Anschläge mit aller Entschiedenheit abgewehrt wissen.

Diensta  
Ru  
Di  
Un  
De  
Ju  
Un  
Tr  
Ru  
Di  
Ju  
Un  
Tr  
Ru  
Di  
Ju  
Un  
Tr  
De  
Sch  
par  
gnü  
frat  
schl  
fischen  
repub  
partie  
felt, es  
Er  
nicht die  
deuten  
schung  
land aus  
Der  
der Ire  
geoffi  
als Au  
Bertrau  
erinner  
politi  
Mi  
politik  
fast reik  
geworde  
eröffne  
Ranone  
tliche  
G  
Nation  
Dunact  
Ru  
Burg  
Die  
lassen  
durch i  
Dredin  
heult, u  
um die  
Die i  
Die i  
herten  
Nicht m  
Die  
monarch  
"Ge  
taden",  
tie", fol  
Verlang  
Boden d  
nicht im  
und die  
Um  
fratie u  
tung" f  
in Verb  
währen  
A  
rente i  
1914 f  
Theate  
E. Hye  
oom p





### Zum Empfang Hindenburgs

Rum stehen sie wie die Orgelpfeifen:  
Die Helmträger mit den Verdienst-Ordensschleifen,  
Die Hurra-Dankes mit Krampfadern  
Und die Männen vom Hof- und Hausfrauenverein.

Dazwischen läßt sich Blawewich unter lachend,  
Im „Dreimal Heil unserm Hindenburg!“ — Krächzen,  
Und jeder Hakenkreuz-Hosenmaß  
Zeigt den Hummelnippel als Schlehrrügel-Erlaub.

Nur jene wird man beim Aufmarsch vermissen,  
Die Opfer des Weltkriegs. Von Augen zerissen  
Im Massengrab, unter Steinen und Sand  
Keine Stimme fällt den Hellsichtspruch!  
Doch ihr verwehrt Leid ist ein einziger Fluch.

Wir nehmen ihn auf. Wir halten Gericht,  
Wir schreiben es Hindenburg ins Gesicht;  
Der Fluch jener Opfer ist unser Fluch!  
Wir tragen die Rahnne aus rotem Tuch;  
Der Fluch jener Opfer führt dich vom Thron;  
Wir tragen das Banner der Revolution!

Stang

### Die Burgfriedensfront flaggt!

Schwelrige Häute gegen die Monarchie

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Erzberger selbst hatte den sozialdemokratischen Polizeiminister Max Müller beauftragt, anzuordnen, daß alle Gebäude von Reich, Staat und Gemeinde zu Ehren des großen Feldmarschalls, des Präsidenten der freien Demokratie der Welt, zu flaggen hätten. Darüber hinaus wünschte die Sozialdemokratie feierlich, daß alle privaten Gebäude die Fahnen in der Luft flattern lassen.

Wirklich ein herrlicher Empfang, den die Sozialdemokratie dem monarchistischen Bahndreher bereitet! Ruffische, Deutschnationale, Volksparteiler und Schwarz-Rot-Gold — alles hat sich zu einem einzigen großen, feierlichen Empfang geeinigt. Im Dresdner Stadtparlament konnten die Deutschnationalen sogar stillvergnügt auf Grund des Entgegenkommens der Sozialdemokraten in der Sachsenregierung ihren eigenen Antrag auf feierlichen Flaggenzuzug zurückziehen. Während die „Wölflinge“ aus Gewohnheit noch ab und zu gegen die „Judenrepublik“ lärmten, stellen Deutschnationale und Volksparteier kühl und besonnen ihren monarchistischen Sieg fest, es ist erreicht.

Erreicht ist noch nicht die Monarchie, vollbracht ist noch nicht die monarchistische Restauration, aber alle Anzeichen deuten dahin, daß der Weg geebnet ist, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, um der Monarchie in Deutschland zum Siege zu verhelfen.

Der Fahnenzuzug für den berühmtesten Exponenten der kriegerischen und monarchistischen Richtung der Bourgeoisie, angeordnet von Sozialdemokraten, die keinesfalls als Außenleiter der Partei fungieren, sondern das volle Vertrauen des Parteivorstandes der Gesamtpartei haben, erinnert sehr stark an die Eröffnung der Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie des Jahres 1914.

„Ich kenne keine Parteien mehr,  
Ich kenne nur Deutsche!“

Mit diesen Worten begann Wilhelm seine Kriegspolitik. Diese Worte lösteten die sozialdemokratischen Führer fast rektos, um den Krieg der 1914 plötzlich „demokratisch“ gewordenen Monarchie, zum Siege zu führen. Wilhelm eröffnete die demokratische Epoche in Deutschland, um Kanonensfutter zu erhalten. Ebert legte diese „demokratische“ Entwicklung über Reichsmorde, Bürgerkriege, Inflation, Verhinderung des deutschen Staates bis zum Hungertode tausender Arbeiter fort. Und Hindenburg — Nun, die sozialdemokratischen Führer haben ihm den Burgfriedenspakt durch Flaggenzuzug unterzeichnet.

Die kommunistische Partei hat das Signal erschallen lassen. Der Weg der kommunistischen Arbeiterkraft ist durch ihren Offenen Brief gekennzeichnet. Während in Dresden die Forderungen wies und der nationalistische Mob heult, werden die Arbeiter die Häute bellen und rufen, um die geeinte antimonarchistische rote Front zu schließen.

Die sozialdemokratischen Führer gehen zu Hindenburg! Die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden auf die Seite der roten Front gegen die Monarchie treten.

Nicht mit Hindenburg — nicht mit Schwarz-Rot-Gold — nicht mit den SPD-Führern — sondern mit Lenin zum Sieg!

### Was die „Landesväter“ kosteten und was die Sozialdemokraten den Monarchen nachwerfen

Die Sozialdemokratie ist wieder einmal sehr antimonarchistisch „gestimmt“.

„Gefinnung“ natürlich auf dem Boden gegebener Tatsachen. Hindenburg ist Herrscher der deutschen „Demokratie“, folglich muß die SPD, Presse dem antimonarchistischen Verlangen der Arbeiterschaft nachgeben, muß sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen, damit die Arbeiter nicht im Uebermaß die Parteibücher der SPD, wegworfen und die sozialdemokratische Lügenpresse abstellen.

Um die antimonarchistische Gefinnung der Sozialdemokratie zu dokumentieren, bringt die „Dresdner Volkszeitung“ folgende interessante Aufstellung, die unsere Leser in Verbindung mit der Haltung der Sozialdemokratie während des Krieges ganz besonders interessieren dürfte.

Es wurden jährlich für Monarchen veranschlagt:

König von Preußen 7 719 926 Mk., Kronprinz Wilhelm 10 000 000 Mk., zusammen 17 719 926 Mk. Im Etat von 1914 finden sich noch mehrere Millionen an Kosten für Theaterbauten, die eigentlich die Krone zu zahlen hätte. Nach G. Friedberg „Millionen usw.“ traten zu diesen 17,7 Millionen noch preußischen Staat hinzu 900 000 Mk. Banknoten und

3 500 000 Mk. Pacht- und Grundvertrag, zusammen 22 100 000 Mk. Den Kronkuchen schlug er auf 175 Millionen Mark. König von Bayern 5 400 000 Mk., außerdem (1915) Apanagen 1 455 734 Mk., König von Sachsen 3 778 877 Mk., Apanagen 629 000 Mk., (Privatvermögen außerdem 30 Millionen Mk.), König von Württemberg 2 150 000 Mk., Apanagen 257 000 Mk., Großherzog von Baden 1 589 000 Mk., Apanagen 190 000 Mk., Großherzog von Hessen mit Apanagen 1 841 412 Mk., Großherzog von Oldenburg 665 000 Mk., Großherzog von Sachsen-Weimar 1 020 000 Mk., Herzog von Braunschweig 1 125 322 Mk., Herzog von Sachsen-Meiningen 814 765 Mk., Herzog von Anhalt 990 000 Mk., Herzog von Sachsen-Altenburg —, Herzog von Coburg-Gotha —, Wechselseitige Beiträge aus Kammergütern: Fürst von Schwarzburg-Sondershausen 515 034 Mk., Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt 326 000 Mk., Fürst von Reuß (voller Domänenvertrag) —, Fürst von Reuß 500 000 Mk. Die nicht genau zu ermittelnden Zinslisten und Staatseinkünfte der obigen Aufstellung (Altenburg, Reuß, beide Meiningen usw.) schätzungsweise 5 000 000 Mk. Der Statthalter von Elah-Verdingen bezog 334 305 Mk. Hierzu schätzungsweise volle Steuer- und Fortzahlung der 22 Fürsten, auch für Verwendungen der Jagd- usw. Produkte 5 000 000 Mk., Summe: 50 948 720 Mk.

Also über 50 Millionen Mark wurden jährlich aus den Knochen der Proleten herausgeschunden, um die fürstlichen Geister ihr Ueberleben führen zu lassen. Und im Interesse dieser Waiskinder hat Ebert — das ist die sozialdemokratische Partei — nach Zehrentausenden Ausgaben im Ebertprozeß sich für die Erhaltung der Monarchie eingesetzt. Er wollte nur, daß Wilhelm verschwinde, auf Wunsch Eberts sollte an seine Stelle der bei allen Frontsoldaten berühmte Kronprinz treten. Nur die Arbeiter haben am 9. November diesen Stempel verhindert. So steht die antimonarchistische Stellung der Sozialdemokraten aus.

### Was haben die Sozialdemokraten nach Abkehrung der Monarchen getan?

Allen Landesfürsten haben sie mit ihren Burgfriedensgegnern, den Deutschnationalen, gemeinsam Millionen Mark als Abfindung für die verlorene Krone bewilligt.

### Die Sozialdemokraten bewilligten dem kaiserlichen König August Millionen.

Dem Königshaus wurden von Regierungen, in der in der Mehrheit sozialdemokratisch waren, durch rein sozialdemokratische Regierungen vorbereitet, die Reichsbürger Domänengrundstücke (Schloß Moritzburg mit Ausstattung, Moritzburger Leichenschaft und sonstige Domänengrundstücke), die Forstrenten Moritzburg und Kreyern von dem Weisiger Forstrentier, die Forstrenten Wolf, Dietzsch, Hölzchen, Gäver-

### Große Funktionär-Verammlung

Dresden: Dienstag, den 12. Mai, abends 7,30 Uhr im „Bürgerkassino“.

Freital: Dienstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr in „Krieger-Saal“.

Pirna: Dienstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr im „Felsenkeller“.

Thema: Bericht vom Zentralkomitee.

niger Feldchen, Kuntheide, die Wäldlinge, das Korkhaus und den Kalkstein mit den Forstgehöfen zum Eigentum verschrieben. Neben diesem Landbesitz erhielt der Familienverein „Haus Wettin“ eine Abfindung im Betrage von 14 Millionen Mark. Der König erhielt das Recht zur Ausübung der Jagd auf Lebenszeit in den Revieren Neuhof, Altenberg und Kalkau.

Für den Uebergang einiger Schlösser und Grundstücke erhielt der König den Kaufpreis von 955 157 Mark. Für die Abfindung der sogenannten Sekundogeniturten erhielt das Königshaus 6 552 100 Mark. Als Entschädigung für Kupfer- und Handzeichnungen 40 500 Mark.

Der Gesamtumfang der dem königlichen Hause zugehörigen ländlichen Staatsgrundstücke beträgt nicht weniger als 6 1/2 Millionen Quadratmeter und den niedrigst eingeschätzten Wert von 9 210 638 Mark.

Neben diesem ungeheuren Forstvermögen und Ländereien wurden dem König ausgeliefert gemaltete Schätze aus dem Grünen Gemälde, dem historischen Museum, der Gewerkschule, der Gemäldegalerie, der Porzellan- und der Skulpturen-Sammlung. Eine Gesamtaufzählung all dieser Gegenstände, ländlichen Staatsgrundstücke beträgt nicht weniger als 6 1/2 Millionen. Wir werden uns deswegen auf die Angabe der Gesamtzahl, sowie einiger besonders prägnanter Gegenstände beschränken.

Aus dem Grünen Gemälde wurden dem königlichen Hause mit Zustimmung der Sozialdemokraten 127 Gegenstände überwiesen. Darunter unter anderem folgende: 2 goldene Kränze, 1 Rubin-Hirsch aus Eisenblech, ein Eisenbeinheber, 2 Eisenbeinfiguren, 1 Eisenknauf, 1 goldenes Ei, 4 Münzberger aus Gold, 1 Tafelaufsatz, 1 politisches Krönungsornat mit Jubelstern, hierzu je eine Krone, Reichsapfel und Szepter, 1 Diamantgarnitur; 20 Weizenknöpfe, 20 Rodknöpfe, 1 Brillantgarnitur; 20 Weizenknöpfe, 20 Rodknöpfe, 1 Rubin-garnitur; 20 Weizenknöpfe, 20 Rodknöpfe, 1 Saphir-garnitur; 20 Weizenknöpfe, 20 Rodknöpfe, 1 Smaragd-garnitur; 20 Weizenknöpfe, 20 Rodknöpfe, 8 große geschliffene Edelsteine, sowie 157 Diamanten, und zwar 71 größere, 83 mittlere und 33 kleinere. Aus dem historischen Museum erhielt der König 104 Gegenstände; aus der Gemäldegalerie 20 Gegenstände; aus der Gemäldegalerie 75 zum Teil der wertvollsten Gemälde, 11 Porträts, 5 Miniaturen; aus der Porzellan-galerie 138 verschiedene Porzellangegenstände, 58 chinesische Stücke, 22 japanische Stücke, 135 Meißner Stücke; aus der Skulpturen-sammlung wurden herausgegeben nach der Aufstellung 25 Stücke, darunter eine lebensgroße Marmorstatue, ein lebensgroßer Marmorsofa, 8 lebensgroße Marmorbüsten.

Diese Aufstellung zeigt, daß die Sozialdemokraten noch nach 1918 mit dem Gedanken der monarchistischen Wiederkehr rechneten. Die Sozialdemokratie hat die Verschleuderung der ungeheuren Millionenwerte offen begünstigt, ja selbst betrieben, dadurch zeigt sie, daß ihr die Krone der monarchistischen Herrscherhäuser, daß ihr die 50 Millionen nur Mittel zur Lösung der Wahlen sind.

### Die Monarchen kosteten dem deutschen Proletariat weit über 50 Millionen während der Epoche der demokratischen Republik.

Wo ist das Befremden der Sozialdemokraten, den Kampf gegen die monarchistische Restauration aufzunehmen? Die sozialdemokratischen Führer lehnen den Kampf ab, weil sie mit Hindenburg durch alte Burgfriedenspolitik verwachsen sind!

### Was antwortete die SPD, auf den Offenen Brief der KPD?

Nichts! Mit keinen Worten ging die SPD, auf das Angebot der KPD, ein, die monarchistischen Helden durch einen

### Rundfunk

Mitteldeutsche Sender Dresden Leipzig  
Leipzig (Welle 654) — Dresden: (Welle 292).

Wittwoch, den 13. Mai 1925.

Wirtschaftsforum: 10 Uhr: Wirtschaftsrichten: Holz- und Baumwollpreise. 4 Uhr: da: Landwirtschaftliche, Baum- und Textilpreise. 4 Uhr: da: Dasselbe: Wiederholung. 6,15 Uhr: da: Dasselbe: Fortsetzung und Witterungen des Leipziger Reiches für Handel und Industrie. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr: Mittagmusik auf der Hauptfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Raumer Zeitungen. 1 Uhr: Fortsetzung und Pressebericht. 4,30 bis 6 Uhr: Märchenachmittag für Kinder. Jenny Rühaupt liest Märchen und die Rundfunkhauskapelle spielt entzückende Weisen. 6,30—7,30 Uhr: Sonderveranstaltung: Musikalische Weisen. 6,30—7,30 Uhr: Sonderveranstaltung: Musikalische Weisen. Eine historische Vortragsreihe von Dr. Wilhelm Ditzig: 6. Vortrag: „Bach und Handel.“ Musikalische Beispiele: Händel; Kammertrio (F-Dur) für 2 Oboen, Fagott und Cembalo. J. S. Bach; Trio (C-Moll) für 2 Violinen und Cembalo. Vortrag: 7,30—8 Uhr: 1. Vortrag von Professor Dr. Erich Marx von der Universität Leipzig aus dem Julius-Radium-Röntgenstrahlen und die Materie: Unschädliche Strahlen im allgemeinen und Entstehung der Röntgenstrahlen.“ 8,15 Uhr: Operettenabend. Mitwirkende: Alle Berges-Sudmann, Erich Sudmann u. die Rundfunkhauskapelle. Am Grötrich-Steinweg; Friedberg Sammler. Anst. (Welle 9,16); Pressebericht und Hadesbeils Sportfundbüro und Befragung der größten Gewinne der Sächsischen Landeslotterie. Darauf: Tanzmusik von 10,15—11,30 Uhr.

gewaltigen Aufmarsch des deutschen Proletariats zurückzuweisen. Die SPD. lehnt den Kampf gegen die Monarchie ab und bekennt sich so zur Monarchie-Republik Hindenburg.

Die einzigen, die gegen die Monarchie kämpfen, sind die Kommunisten. Heute am Tage des Einzuges des Feldmarschalls Hindenburg müssen selbst die sozialdemokratischen Arbeiter sich Rechenschaft ablegen, ob sie die Politik ihrer Führer, die zur Restauration der Monarchie führt, weiter unterstützen wollen. Das mindeste, was jeder sozialdemokratische Arbeiter tun muß, ist Anerkennung des Mindestprogramms der KPD., Zusammenschluß aller Arbeiter in der Roten Front, Kampf gegen die monarchistische Gefahr.

### Vom Kampffeld der Reaktion

Der Kampf gegen die KPD. wütet unter Hindenburg weiter wie unter Ebert. Die durch die Weimarer Verfassung gewährte Meinungsfreiheit ist aufgehoben. „Verfassungsfragen sind Machtfragen“, sagt Kallala. Weiter sagt er: „Die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den realen tatsächlichen Machtverhältnissen.“ Trifft das nicht bis aufs Haar zu für unsere schwarz-rot-goldene Republik mit ihren obersten „Dienern“, Ebert und Hindenburg? Mit welchem Recht die forgeschickten Hausknechte und Verschlimmerer unserer Schriften in den Buchhandlungen? Eben weil es eine Machtfrage ist, die ausgetragen wird und ausgetragen werden muß zwischen Arbeit und Kapital, zwischen der bestehenden und nicht bestehenden Klasse. Und die bestehende Klasse fürchtet die kommunistische Literatur mehr wie der Teufel seine Großmutter.

So wurden seit Mitte März in der Buchhandlung Köhrhofstraße 24 nicht weniger wie 15 Hausknechte durchgeführt, wobei folgende Broschüren besichtigt bzw. beschlagnahmt wurden:

- Hamburg auf den Barrikaden
- Korruption
- Kuldasien
- Ebertprozeß
- 7. November
- 15. Januar
- Haarmannprozeß
- Reichshofgericht in Sachsen
- Die KPD, die einzige Arbeiterpartei Deutschlands
- Kampfrufe; Sturm (prof. Dichtungen)
- Was ist Volkserziehung
- Hamburg im Aufstand
- Rückzug Nr. 13
- Marxismus. Ein Wort an die ergeb. Bauern
- Bauernkrieg 1425—1925
- Eisowetz: Die Kom. Jugend und ihre Aufgaben
- Verderbte Klassenkämpfer
- Malow: Die zwei russischen Revolutionen 1917

Am 11. Mai fand erneut eine weitere Hausknechtung in der Buchhandlung O. Groh, Dresden, Köhrhofstraße 24, statt, in der das Buch

### „Mein Genosse“

beschlagnahmt wurde. In diesem Beispiel erhebt man wiederum treffend, wie blindlings die herrschende Gesellschaft gegen alles, was kommunistisch ist, vorgeht.

Die Grundmauern des kapitalistischen Gebäudes manfen unter den drohenden Schlägen der Roten Front.

Intensivste Verbreitung unserer Schriften unter allen Arbeitern, Angestellten und Bauern wird den Sturm auf die kapitalistische Festung vorbereiten.

### Deshalb verdoppelt eure Energien, Genossen!

Verbreitet und lest die kommunistische Literatur!

Das kaiserliche Licht- und Lustbad „Antons“ wird am 16. dieses Monats wieder eröffnet. Die Badpreise sind dieselben wie im Vorjahre. Die im vergangenen Jahre eingeschätzten billigen sogenannten Hünferferien haben Anfang gefunden. In diesem Jahre werden auch Monatsferien ausgeben, wodurch eine weitere Ermäßigung der Eintrittspreise eintreten kann.

Vorlicht bei Gewitter vor Bäumen. (Dem Tod gerade noch entronnen.) Während des Gewitters, das in den Freitag-Nachmittagsstunden über die Stadt hinweg, hatten fünf Personen, die sich im Dura-Gehege befanden, unter einer großen Linde Schutz gesucht. Auf Anregung eines der Herren begaben sich die fünf aber wieder ins Freie. Sie waren kaum 10 Meter vom dem Baum entfernt, als ein Blitzstrahl in diesen fuhr und ihn zerplitterte.

Vom Auto überfahren wurde in der Nähe der Beust- und Wiener Straße am Sonntag eine Radfahrerin. Sie erlitt schwere Verletzungen. Das gleiche ereignete sich gegen 11,30 Uhr auf dem Volkspark durch ein Motorrad.

Ein Hausbrand fand am See 41 im ersten Stadtwert statt. Infolge allzu harter Dientage wurde die leichtgebauete Wohnung in Brand gesetzt. Fenster, Türen und weitere Gegenstände standen bald in hellen Flammen. Eine dreißigjährige Frau mußte im bewußtlosen Zustand gerettet werden.

### Fraktion der Kriegsoffer.

Wittwoch, den 13. Mai 1925, außerordentlich wichtige Fraktionssitzung im Restaurant „Stadt Frauen“, Kleine Klausen-Gasse. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Parteimitgliedsbuches.



## Verplappert

Hindenburg, Marx, Thälmann und die sozialdemokratischen Arbeiter.

Auf einen unserer Artikel, der den besonderen Marxismus des Sozialdemokraten Edel behandelte, antwortete die „Volkszeitung“ in der fündigsten Weise, indem sie eine wirkliche Auseinandersetzung über marxistische Staats- und Gesellschaftslehre und ihre sozialdemokratische Verfälschung ablehnte, dafür aber einen Brief eines „früheren Kommunisten“ brachte, (man kann ihn nicht nennen, weil er nicht existiert) brachte, der sich eben für Marx bestimmt zu haben. Wir glauben, daß der „frühere Kommunist“ irgendeiner der Herren der B.-Z. Redakteure ist, und so ist sein „Marxisten-Stolz“ verständlich.

Nun ist aber ein sozialdemokratischer Leser auf den Einfall gekommen, sein Meinung darüber, wer Hindenburg zum Siege verholfen hat, der „Volkszeitung“ mitzuteilen, und da dort die „Rechte“ nicht weiß, was die „Linke“ tut, brachte diese die Zuschrift am 7. Mai unter dem Kennwort: Die abstrahierende Koalitionspolitik. Wir bringen ebenfalls die Zeilen dieses nichtkommunistisch eingestellten Arbeiters, der wenigstens verliert, Marx zu sehen. Daß er auf halbem Wege stehen bleibt, ist natürlich, da er doch Leser der „Volkszeitung“, dieses würdigen aller Presseerzeugnisse ist.

„Es wird so viel herumgeratet, marxium gerade Sachen, in vollem Gegensatz zum übrigen Deutschland, beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl dem kommunistischen Kandidaten einen so großen Stimmenzuwachs verschafft hat. Es ist wirklich erstaunlich und höchst bemerkenswert, daß ein nicht großer Ort, wie Jischauwitz bei Dresden, den Kommunisten im zweiten Wahlgang einen Zuwachs von 374 Stimmen brachte (743 gegen 369 bei der ersten Wahl). Schlimmer steht es noch in dem kleinen Jischieren, wo aus 24 Thälmann-Stimmen 70 wurden und die 20 Braun- und Hellpach-Stimmen auf 136 Marx-Stimmen zusammenwuchsen. Ähnliches zeigen viele andere kleine Orte in der Umgebung Dresdens, und selbst dessen östliche Stadtteile bewegen sich fast im selben Maße.

Weber die Gründe ist viel diskutiert worden, aber eine der Hauptursachen fand ich noch nirgend genügend herausgehoben: es ist — man braucht nur in solchen „rückfälligen“ Gegenden herumfragen — die von der Mehrzahl der jüdischen Sozialdemokraten verurteilte Koalitionspolitik der 23 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten. Es war weniger der Katholik Marx, den die kirchlich wenig eifrigen jüdischen Arbeiter ablehnten, als der Sozialist Thälmann. Die jüdischen Genossen haben im letzten Jahre eine solche Koalitionserfahrung erlebt und erleben sie noch — man denke nur an die neue Gemeindeordnung, die nun schon wieder verkommandiert wird —, daß ihnen die Abneigung gegen jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen geradezu eingeschamert wird.“

So weit der sozialdemokratische Arbeiter. Er antwortet auf die Frage: Wer half Hindenburg in den Sattel? „Die Koalitionspolitik der Sozialdemokraten im Landtag.“ Dabei vergißt er:

1. daß die „Linken“ grundsätzlich nicht gegen Koalition mit den kapitalistischen Parteien sind;
2. daß nicht nur in Sachen, sondern im ganzen Reiche die Massen der Proletarier Interesse und Begeisterung für die Arbeiterbewegung und die Revolution verloren haben, durch die Politik der gesamten deutschen Sozialdemokratie.

Er vergißt, daß ohne Edel weder Hindenburg noch Ludendorff, aber auch nicht Hellpach (ein persönlich sympathischer politischer Schwachkopf, nach Urteil von Sozialdemokraten) und Marx (der reaktionäre Sonntagsgnadenprediger) irgendwelchen politischen Einfluß in Deutschland hätten haben können, sie wären entweder unter die Fittiche ihres „allerhöchsten Kriegsherren“ in Doorn geladen oder sie hätten als Vaterlandssoldaten wenigstens „Kilnoll“ ihr Leben beendet.

Die Waffen in der Arbeiterhand hätten der Reaktion den Hals gebrochen, so aber fehlte man mit Rosetruppen die Revolution, nachdem man den Arbeitern „Sicherung des Achtundzestages und Sozialisierung“ vorgelogen hatte und sie dabei entwarf. Also heißt die Antwort auf die Frage: Wer half Hindenburg?: Die gesamte deutsche Sozialdemokratie!

Es wäre unmoralisch, den Sieg Hindenburgs vom 26. April an zu rechnen, Hindenburg ist für uns Sumpfen, nicht Perle.

Der Reaktionsboom beginnt geschichtlich mit der Niederwerfung des Spartakusaufstandes, und der Verrat im Oktober 1923, das ist das Fundament des Hindenburg-Sieges vom April 1925.

Jetzt aber gilt es, das Marzulegen und zugleich den Weg zurück zu organisieren. Es gilt nicht zu jammern, sondern zu kämpfen. Hindenburg und seine Hintermänner beherrschen diese Republik. Keine Regierung ist fähig, sich gegen die geschlossene Arbeiterfront zu halten. Diese in den Betrieben zu errichten, ist das Gebot der Stunde. Wer jetzt Ausflüchte macht, ist ein Verräter. Der sozialdemokratische Arbeiter soll keine Forderungen stellen, wie sie, oder ob sie überhaupt gegen die Reaktion, deren Staatsapparat und Hintermänner kämpfen wollen.

Nun, die Antwort ist eigentlich schon da. Müller Marx ordnet die Fingern der Hindenburgs Einzug an. Der Berliner sozialdemokratische Parteipräsident stellt den Schutz für den bewährten Faschistenführer am 12. Mai und verbietet die geplanten Arbeiter-Gegenkundgebungen.

Sie sollen nur fragen, die Proleten, und wenn sie dann die Antwort begriffen haben, werden sie die Quittung ausstellen, und die heißt:

Zum Teufel mit der SPD!  
Zurück zur Roten Front!

### Achtung! Genossinnen und Genossen!

Das Bezirkskomitee der SPD, Ostschlesien teilt uns mit, daß in der Woche vom

17. — 24. Mai 1925

eine Werbemaße für die „Internationale Rote Hilfe“ stattfindet. Im Interesse dieser Organisation verpflichten wir jedes einzelne Parteimitglied, sich in dieser Woche der SPD, reiflos zur Verfügung zu stellen. Nähere Anweisungen gehen durch die politischen Leitungen nach zu.

Bezirksleitung Ostschlesien.

Das Zentralkomitee der „Roten Hilfe“ Deutschlands hat für Sonntag, den 17. Mai, in dem großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses nach Berlin eine Reichstagung der „Roten Hilfe“-Organisation einberufen. Zum ersten Male seit Bestehen der „Roten Hilfe“-Organisation tritt durch diese Tagung die „Rote Hilfe“-Organisation in die Öffentlichkeit.

Der Zweck der Tagung ist, die Probleme der Klassenjustiz und des Kampfes für ihre Beseitigung sowie die Aufgabe der „Roten Hilfe“ zu erörtern. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige und wird von namhaften Referenten bestritten, die den verschiedensten Parteien und Geistesrichtungen angehören. Unter anderen sind als Referenten gewonnen worden Professor Gumbel, der durch seine bekannten Schriften „Der Jahre Überd“ und „Verschwörer“ Aufsehen erregende Tatsachen über den weißen Terror in Deutschland und die politische Injustiz der letzten Jahre veröffentlicht hat.

Gumbel wird über dasselbe Thema auf der Reichstagung der „Roten Hilfe“ sprechen. Ueber die Methoden des Untersuchungsverfahrens, der Prozeßführung und der Rechtsprechung in politischen Prozessen wird der Berliner Rechtsanwalt Halpert referieren.

Erich Mühsam und Justizrat Dr. Seidel, Frankfurt a. M., behandeln den Strafprozeß an politische Gefangene. Der Vorsitzende des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit wird ein grundlegendes Referat über die Fürsorge für die Angehörigen politischer Gefangener in Staat und Gemeinde halten.

Schriftsteller Feltz & Halle behandelt die Frage der politischen Emigration und des Auslandsgeheimnisses.

Außerdem sprechen Landtagsabgeordneter Dbusch über Amnestie und der Vorsitzende des Zentralkomitees der „Roten Hilfe“, P. i. e. a., über die Aufgaben der „Roten Hilfe“.

Zu dieser Tagung sind u. a. auch die Reichsregierung und die Landesregierungen eingeladen worden, Betreuer zu entsenden.

Von geordneten Rechtsverhältnissen kann man heute in Deutschland nicht mehr sprechen. Eine blindwütende politische Injustiz leidet sich bedenklos selbst über die geschriebenen Gesetze des bürgerlichen Staates hinweg und wütet in der furchtbarsten Weise gegen die Arbeiterklasse.

Die Justiz ist zu einem offenen Werkzeug des politischen Terrors der herrschenden Gesellschaft geworden. Je nach der Situation wird diese Waffe des Justizterrors mehr oder weniger brutal gegen die revolutionären Arbeiter angewandt. Jetzt mehren sich sogar die Fälle, wo die Klassenjustiz auch gegen sozialdemokratische Arbeiter vorgeht.

Die Justiz ist zum Instrument der brutalen Klassenherrschaft gegen das Proletariat und zur Wegbereiterin der monarchistischen Reaktion geworden.

Der Strafprozeß an den politischen Gefangenen hat sich zu einer unerhörten Barbarei ausgewachsen. Ein Unterschied in der Behandlung politischer Gefangener und krimineller Verbrecher findet nicht statt. Ja, in den meisten Strafanklagen wird der politische Gefangene noch gemeiner als der kriminelle Schwerverbrecher behandelt.

Trotzdem die kommunistische Presse wiederholt, die furchtbaren Tatsachen der Deffektivität unterbreitet, ging die bürgerliche und sozialdemokratische Presse bedenkenlos darüber hinweg. Jetzt, durch den Tod des Reichspostministers Hoeftle im Unterjüdischgefängnis M o s a b i t und die skandalösen Begleitumstände, die zu seinem Absterben führten, sieht sich auch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse gezwungen, zu den unerhörten Justizbarbarien, die sowohl von den Untersuchungsbehörden, wie von den Gefängnisbeamten an Gefangene begangen werden, Stellung zu nehmen. Man verleiht oder überträgt den Anstand, daß die Marxern, die zum Tode Hoeftles führten, fast jeder politische gefangene Proletarier auszuweichen hat. In erschreckender Weise haben sich die Fälle gemehrt, in denen „Politische“ durch den Strafprozeß ins bessere Jenseits befördert wurden. Die vielen Hungerstreiks in den Strafanklagen, die das letzte verzweifelte Mittel der Gefangenen gegen die Justizbarbarei sind, bedeuten eine furchtbare Anklage gegen dieses System der Justizbarbarei.

## Aus den Gewerkschaften

### Zur Lohnbewegung der Steinseker und Kammer

Seit dem 31. März ist der Tarifvertrag für die Steinseker und Kammer abgelaufen. Infolge der Selbsttätigkeit der Unternehmer sind alle bisherigen Verhandlungen gescheitert und war ein Neubestehen des Tarifvertrages bisher nicht möglich, da die Steinsekermeister auch die beschiedenen Forderungen der Arbeiter ablehnten. Die Unternehmer glaubten, mit ihrer ungeheuren Lehrlingszuchterei den Arbeitern die Spitze bieten zu können. Bei 90 beschäftigten Steinsekern und Kammeren beschäftigen die Meister 46 Lehrlinge. Dabei ist besonders hervor der Steinsekermeister Große, Cohnmannsdorf, der Oberbürgermeister der Unternehmern. Nachdem die Steinseker und Kammer infolge der unannehmlichen Haltung der Unternehmer in den Streit getreten sind, glauben die Unternehmer den Arbeitern die Schuld an dieser Bewegung in die Schuhe schieben zu können.

Am 4. Mai fanden zwischen den beiderseitigen Lohnkommissionen erneut Verhandlungen zur Festlegung des Tarifs statt. Auf neue glaubten die Arbeitgeber ihren Forderungen Standpunkt hervorzuheben zu können und erklärten, in der Lohnfrage jede prozentuale Erhöhung abzulehnen, und verließen durch einen Vorstoß, den sie der Arbeitnehmerkommission unterbreiteten, den Arbeitern doppelte Verleumdungen zu tun zu können. Ein Vorschlag der Arbeitnehmer-Lohnkommission, der für die Arbeiter ein großes Entgegenkommen darstellte, wurde von den Unternehmern brüsk zurückgewiesen, so daß auch diese Verhandlung ergebnislos verlief.

Die Steinseker und Kammer nahmen am 5. Mai in einer vollständigsten Versammlung zu dem von den Meistern gemachten Angebot Stellung und lehnten dasselbe mit Entschiedenheit einmütig ab. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die zum 5. Mai 1925 gemeinsam einberufene arbeitslose Mitgliederversammlung der Steinseker und Kammer nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem unannehmlichen und halsstarrigen Verhalten der Verhandlungskommission der Innung in der am 4. Mai 1925 stattgefundenen Verhandlung. Das starre Festhalten an losgeronnenen Prinzipien von Seiten der Innung ist nicht geeignet, zu einem Tarifabschluß, der annehmbar für beide Teile sein muß, zu gelangen. Das sehr weitgehende Entgegenkommen unserer Verhandlungskommission in

In den Ländern der bürgerlichen Demokratie war es bisher ein allgemeiner, geläufiger Brauch, daß für politische Emigranten das Asylrecht bestand und dieses in keinem Falle angetastet wurde. In der deutschen Republik wird diese Selbstverständlichkeit nicht geübt. Politische Emigranten aus Spanien, Polen und aus anderen Ländern, die in Deutschland Zuflucht suchten, wurden hier von den Behörden aufgegriffen, verhaftet und ausgeliefert.

Eine der wichtigsten Fragen ist die Fürsorge von Staat und Gemeinde für die Angehörigen der politischen Gefangenen. Trotz der Fürsorge-Verordnung, die keine Zweifel darüber läßt, daß die Angehörigen politischer Gefangener unter die Wohlfahrtspflege von Staat und Gemeinde fallen, also staatliche Unterstützung erhalten müssen, sind fast durchweg dieses Recht den Familien politischer Gefangener genommen. Ganz abgesehen davon, daß die Regierung gegen die „Rote Hilfe“-Organisation, die im Rahmen der Fürsorge-Verordnung als eine Wohlfahrtseinrichtung zu betrachten ist, einen erbitterten Kampf führt, man verfolgt „Rote Hilfe“-Funktionäre, unterbindet Selbstmahlungen, ja, geht sogar dazu über, gefamelte Gelder zu beschlagnahmen.

Die „Rote Hilfe“ ist im letzten Jahre ihres organisatorischen Bestehens zu einer mächtigen proletarischen Massenorganisation geworden. Ueber 150 000 Einzelmitglieder und circa 250 000 Arbeiter, die durch den korporativen Anschluß verschiedener Arbeiterorganisationen sich der „Roten Hilfe“ angeschlossen haben, setzen sich aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zusammen.

Trotzdem ist die „Rote Hilfe“ in den meisten Gegenden Deutschlands über ihre organisatorischen Anfänge nicht herausgekommen. Ein großes Refraktionsgebiet innerhalb der gesamten Arbeiterklasse steht für die politischen, propagandistischen und organisatorischen Aufgaben der „Roten Hilfe“ noch offen und hier muß mit dem größten Eifer eingegriffen werden. „Rote Hilfe“-Arbeit ist nicht eine Gelegenheitsache, die abhängig ist von den stattfindenden Prozessen, sondern „Rote Hilfe“ bringen ist eine der wichtigsten, dauernden Aufgaben der gesamten Arbeiterklasse in der Epoche der ausgepöbelten Klassenregierung. Die Arbeit ist überall in Stadt und Land, Betrieb und Kontor innerhalb der werktätigen Bevölkerung Gemeingut werden.

Im Anschluß an die Reichstagung der „Roten Hilfe“ findet in der Zeit vom 17. Mai bis zum 24. Mai eine Propaganda- und Werbemaße der „Roten Hilfe“-Organisation Deutschlands statt. Die organisatorischen Vorbereitungen hierfür sind dort, wo sie noch nicht getroffen sind, schnellstens durchzuführen.

Die „Rote Hilfe“ appelliert an die gesamte werktätige Bevölkerung: Rüstet zur Reichstagung der „Roten Hilfe“!

Rüstet zur Werbemaße der Internationalen Rote Hilfe!

Unverzüglich ist in den Gewerkschaften, Betrieben und in den übrigen Arbeiter-Organisationen zur Reichstagung der „Roten Hilfe“ zu nehmen. Neben den gewählten Delegierten der „Rote Hilfe“-Ortsgruppen sollen auch die Arbeiterorganisationen und Betriebe und vor allen Dingen die korporativen Mitgliedschaften ihre Delegierten zur Reichstagung entsenden.

Man muß sich darüber klar sein, je größer die Massen der Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands durch ihre entsandten Delegierten zur Reichstagung sich hinter die „Rote Hilfe“-Organisation stellen, um so kraftvoller wird der Kampf gegen Justizbarbarei und für die Amnestierung der politischen proletarischen Gefangenen geführt werden können.

Es gilt vor allen Dingen jetzt, auch alles daran zu setzen, daß die beabsichtigte Scheinamnestie beim Amtsantritt des Reichspräsidenten durch den Massenbruch des Proletariats zu einer wirklichen Generalamnestie umgestaltet wird.

Die Mobilisierung der breiten Massen für die Reichstagung der „Roten Hilfe“ ist gleichzeitig eine Steigerung des Solidaritätsmerkes der „Roten Hilfe“, bedeutet also eine wirkliche praktische Hilfe für jene tausende Familien, die durch den Justizterror ihres Vaters und Ernährers beraubt sind.

Ans Werk, Arbeiter in Stadt und Land!  
Rüstet für die Reichstagung der „Roten Hilfe“!

der Verhandlung, welches gegen den Willen der Streikenden geschlossen ist und den guten Willen zur Einigung untereinander kennzeichnet, wurde von Unternehmerseite nicht gewürdigt. Es wird also festgestellt, daß trotz großen Entgegenkommens der Streikenden der Wille zur Einigung auf Seiten der Unternehmer nicht vorhanden ist und alle Folgen des nun einleuchtend notwendigen Kampfes dem Unternehmern des Einkleingemehrtes zufallen. Der Verhandlungskommission wird erneut das Vertrauen ausgesprochen.

Die Verankerung in einmütig der Auffassung, daß alle bisherigen entgegenkommenden Vorschläge der Arbeitnehmer als hinfällig betrachtet werden müssen, unbeschadet der jederzeitigen Verhandlungsbereitschaft.“

## Betrugsmanöver sozialdemokratischer Genossenschaftler

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Bei der letzten Wahl der Genossenschaftsvertreter in Cölschade hatte man festgelegt, daß auf der Liste, die SPD und SPD, enthielt, bei Mandatsentzug oder Niederlegung der Erbsmann von derjenigen Partei bestimmt würde, der der parteiliche Vertreter angehörte. Bis Oktober vorigen Jahres war Genossin Emma Büttner unsere Genossenschaftsvertreterin. Sie legte im Oktober ihr Mandat nieder, und an ihre Stelle trat ordnungsgemäß Genosse Ernst Kirjten.

Vom Oktober vorigen Jahres bis jetzt hat dieser sein Amt als Genossenschaftsvertreter ausgeübt und wurde von der Verwaltung ordnungsgemäß zu den Vertreterkonferenzen berufen. Aber plötzlich, nach halbjähriger Tätigkeit, entzieht man ihm, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen, das Mandat und überträgt dasselbe dem wackelhaften schwarz-weiß-roten Paul Lehmann und entsendet ihn, unter Tusch der leinerzeit abgeschlossenen Vereinbarungen, in die Vertreterkonferenz vom 3. Mai.

So halten Sozialdemokraten ihr Versprechen Arbeitervertretern gegenüber.

Selten zeigt ein Beispiel so deutlich, wie falsch und gefährlich diese Loyalität war. Die Kommunisten haben wohl genügend gelernt. Einheitsfront — jawohl, Einheitsfront im Kampfe gegen Koalition, gegen Arbeiterunterdrückung, die gewalttätigen Verbrechen des Faschismus und mit allen Arbeitern, die gewillt sind, zu kämpfen. Aber solchen Betrügern muß jeder, auch sozialdemokratische Arbeiter, ins Gesicht spaten. Das Leitmotiv der sozialdemokratischen Führer: Feind und Verrat, alle Schändlinge der sozialdemokratischen Proleten und deren alle Schändlinge muß eingeschritten werden.



# Genosse Sinowjew über die Präsidentenwahl in Deutschland

## Aus der Rede über die Ergebnisse der Erweiterten Exekutivbesitzung, gehalten in der 14. Parteikonferenz der RPD.

Wir bringen den Teil der Rede, die sich auf die Präsidentenwahl bezieht, ungekürzt. Die Redaktion.

Von besonderer Bedeutung sind die letzten Ereignisse in Deutschland, die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der Republik. Ich möchte euch zuerst mit der innerparteilichen Seite der Frage vertraut machen. Der zweite Wahlgang wurde in Deutschland zu einer Zeit vorbereitet, als die Exekutive der RPD sich auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive befand. Wir waren uns vollkommen dessen bewußt, welches wichtige politische Ereignis in Deutschland im Anzuge war. Wir hatten einmütig beschlossen, daß der Partei es überlassen sein muß, an Ort und Stelle die Entscheidung zu treffen, doch rieten wir kategorisch der RPD, der SPD offen die Unterstützung eines sozialdemokratischen Kandidaten im zweiten Wahlgang vorzuschlagen, falls die SPD ihren eigenen Kandidaten nicht zurückziehen würde. Nach dem ersten Wahlgang, den die SPD sofort die Kandidatur Brauns zurück, trotzdem sie acht Millionen Stimmen hatte, und März der Kandidat der sozialdemokratischen Zentrumspartei, der drei Millionen bekam. Die Sozialdemokraten zogen ihren Kandidaten zurück und beschloßen, ganz Deutschland für die März-Kandidatur zu mobilisieren, wofür sie sich für Braun das Votum des preußischen Ministerpräsidenten ausbat. Auf diese Weise blieben im zweiten Wahlgang drei Kandidaten (Thälmann, März und Hindenburg). Der Rechtsblock monotonisierte ziemlich geschickt, als er die Kandidatur Hindenburg nicht im ersten Wahlgang, sondern erst im zweiten aufstellte, er mißte dadurch die Kräfte durcheinander.

Der erste Wahlgang war derart, daß eine „Schwarz-Substanz“ (wie wir uns einmütig ausdrückten) nicht zu bestehen schien, da der Rechtsblock eine Minorität bildete, selbst unter der Bedingung, daß die RPD auf ihren eigenen Kandidaten beharrte. Doch durch die Aufstellung Hindenburgs mobilisierte der Rechtsblock drei Millionen neuer Wähler, vorwiegend Frauen, und schuf dadurch eine neue Situation.

Wir hatten die Befürchtung, daß die kommunistischen Stimmen im zweiten Wahlgang zusammenschmelzen und wir anstatt der 1 800 000 bloß eine Million Stimmen erhalten würden. Es stellte sich jedoch heraus, daß die kommunistischen Stimmen nicht zusammenschmolzen; wie die Wahlstatistik zeigt, haben in diesem zweiten sozialdemokratischen Arbeiter für Thälmann gestimmt, aus Protest dagegen, daß die Sozialdemokraten März aufgestellt hatten. Hinzugefügt sei, daß die „linken“ Sozialdemokraten, unter ihnen ein Teil der sozialdemokratischen Jugend, sich dagegen auflehnten, daß die SPD einen bürgerlichen Kandidaten unterstützte. Dies zeigt den, daß nicht nur in den kommunistischen, sondern auch in den sozialdemokratischen Arbeiterkreisen die psychologische Vorbereitung dafür besteht, für März zu stimmen. Es liegen die Dinge fastlich.

### Die kommunistischen Stimmen

Ich möchte ein paar Worte über die Stimmen sagen, die für unsere Partei abgegeben worden sind. Manche Genossen wundern sich nicht ohne Grund, daß bei den Reichstagswahlen die RPD 2 600 000 Stimmen, jetzt aber bloß 1 800 000 Stimmen erhalten hat. Dies findet keine Erklärung in hohem Grade darin — jetzt konnte das beweisen werden —, daß die **Einseitigkeit der Arbeitermassen bei den Präsidentenwahlen** eine andere ist als bei den Abgeordnetenwahlen. Wir wissen, daß bei Gemeindevahlen die Arbeiter anders reagieren als bei Parlamentswahlen, bei Betriebsratwahlen anders als bei Präsidentenwahlen. An dem Beispiel der Präsidentenwahlen in Amerika, aber sogar bei den Wahlen in einem so kleinen Lande wie Finnland sehen wir, daß die Arbeiter, wenn sie vorparatieren wußten, daß ihr Präsidentenwahlkandidat nicht gewählt werden würde, sich weniger an den Wahlen beteiligten, als bei den Parlamentswahlen, wo sie ein paar eigene Kandidaten durchzubringen hofften.

Genau erhielt ich eine Nachricht über die jetzt in Deutschland stattfindenden Betriebsratwahlen. In einer ganzen Reihe von Orten ist eine gewisse Zunahme der kommunistischen Stimmen in den Betrieben festzustellen. Nach diesen ersten Daten zu urteilen, kann man voraussetzen, daß die Zahl der kommunistischen Stimmen bei den Betriebsratwahlen bedeutend größer sein wird als die entsprechende Zahl bei den Präsidentenwahlen. Genau läßt sich die Zahl nicht angeben, denn an manchen Orten hatten wir gemeinsame Listen mit den Sozialdemokraten. Doch aus den Angaben, die wir jetzt haben, geht hervor, daß die Betriebsratwahlen ein **Wachstum des kommunistischen Einflusses** in den Arbeitermassen ergeben und nicht einen Rückgang. Das ist eine Tatsache.

Nun zur politischen Seite der Frage. Ich sagte bereits, daß die Wahl Hindenburgs eine erhebliche historische Illustration unserer Einschätzung zur Stabilisierung darstellt. Eine teilweise Stabilisierung ist eine Tatsache, sie wird einen gewissen Zeitraum, wahrscheinlich nur einigen Jahren, ausfüllen; aber unter die Grenzen dieser Stabilisierung können und müssen wir unter anderem auch noch solchen Ereignissen urteilen, wie die Präsidentenwahlwahlen in Deutschland.

Infolge des Ausfalls dieser Wahlen findet momentan ein gewisser internationaler menschenwürdiger Feldzug gegen die Kommunisten statt. In allen Jungen der Welt brüllen jetzt die Sozialdemokraten der ganzen Welt, daß an der Wahl Hindenburgs ausschließlich die Kommunisten schuld hätten.

### Historische Analogie

Ich möchte ein historisches Beispiel anführen, um zu zeigen, wie in einem analogen Fall die sozialdemokratischen Parteien gehandelt haben. Im Jahre 1913 fand in Frankreich die Präsidentenwahl statt, in der zwei Kandidaten miteinander konkurrierten: Poincaré, der damals Präsident des Ministerrats war, und Pams, der damals Minister in der Regierung Poincaré. Pams galt als linker, radikaler denn Poincaré. Die politische Schattierung zwischen Hindenburg und Pams war ungefähr so wie die zwischen Hindenburg und März. In Frankreich lehrte eine sicherhafte Wahlkampagne ein. Die Wähler fanden im Unterschied zu den Deutschen nicht durch die direkte, geheime Volksabstimmung, sondern auf Grund der französischen Verfassung, in der vorerwähnten Sitzung des Senats und der Deputiertenkammer. Die Abstimmung ergab fast Stimmengleichheit für Poincaré und Pams. Poincaré bekam bloß 13 Stimmen mehr. Die sozialistische Fraktion hatte damals 70 Stimmen. Als Kandidat der Sozialisten war Baillaud aufgestellt.

Die Sozialisten stimmten für Baillaud und gaben ihm ihre Stimme, obwohl sie ausgezeichnet wußten, daß sie dadurch die Wahl Poincarés förderten. Neben dem Ausgang der Wahlen bestanden keine Zweifel, es war eine geheime Abstimmung vorzunehmen, die auch diesmal bewertend festgestellt wurde. Und dennoch hatte die französische Sozialistische Partei die zur 2. Internationale gehörte, die keineswegs eine bolschewistische Partei war, an deren Spitze Männer wie

Jaures, Baillaud und Guesda standen, einmütig beschlossen: **Wir geben unsere Stimmen weder Poincaré noch Pams, sondern unserem eigenen Kandidaten; sie handelten genau so, wie die Menschewitz bei den Wahlen des Präsidenten der Staatsduma in Rußland.** Wir kämpften auf die Menschewitz nicht deshalb, weil sie ihre Stimme dem Gutschikow vorenthalten, (darauf wäre kein Mensch mit verfallen!), sondern, weil sie ihre Stimmüberzeugung nicht genügend revolutionär motivierten. Damals bestand noch nicht eine so offene Intimität zwischen der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie wie heute. Damals gab es noch nicht einen Kuhhandel wie den, wie wir ihn jetzt gesehen haben: Du gibst Braun den Ministerposten, und ich gebe dir acht Millionen Arbeiterstimmen für deinen Vorkandidaten; ich werde nicht einmal versuchen, dich politisch in die Schranken zu setzen, ich habe nur die Wahl zwischen einem Flügel der Bourgeoisie und dem anderen Flügel. Die Politik des Compens ist jetzt zur Politik der ganzen 2. Internationale geworden. Daran darf man besonders jetzt erinnern, wo diese Leute Jeter und Nordis über uns schreien.

### Die politische Bedeutung der Hindenburgwahl

Die Wahl Hindenburgs darf man nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Es bleibt eine Tatsache, daß in Deutschland nach einigen Jahren Bürgerkrieg fast 15 Millionen Deutsche für Hindenburg gestimmt haben. Das ist die Hälfte der Wähler Deutschlands. In diesem Sinne darf man natürlich ein solches Symptom nicht unterschätzen. Ein beträchtlicher Teil der Wählerstimme nicht so sehr für Hindenburg, wie für einen **Renanzkrieg** gegen die Entente, gegen den **Verfall des Friedens**, gegen Verhöhnungen, wie wir sie nicht kennen (denn unter Land hat, außer der kurzen Periode des Breiter Friedens — eine terrartige Situation nicht durchgemacht), die in Deutschland die größte Empörung und Entrüstung in den breitesten Volkskreisen auslösten. Es ist wohl möglich, daß ein bedeutender Teil der Wähler weniger für Hindenburg als gegen die Entente, gegen den französischen und englischen Kapitalismus gestimmt hat. Die Tatsache bleibt jedoch Tatsache.

Sie drängt sich wieder eine **historische Analogie** auf. Nach dem Sturz der Pariser Kommune, wenn ich nicht irre, 1875, fanden in Frankreich Präsidentenwahlen statt. Die Bekämpfung der Republik im Parlament (1875) geschah mit der Majorität von einer Unter- als Präsident wurde Mac Mahon gewählt unter der Losung: „Republik ohne Republikaner“. Etwas Ähnliches geschieht auch jetzt in Deutschland. Es wird ein Präsident der Republik gewählt, der auf sein Banner schreibt „Republik ohne Republikaner“, denn Hindenburgs „Republik“ ist eine **Republik ohne Republikaner**. Freilich, zwischen der Lage in Frankreich 1875 und den Wahlen in Deutschland 1925 besteht ein **kolossaler Unterschied**. Dieser besteht darin, daß in Frankreich die Arbeiterklasse entschlossen davor, ertränkt im Rute von Paris, und die revolutionäre Bewegung vollkommen daniederlag. In Deutschland haben wir jetzt aber eine mächtige Arbeiterklasse, die zwar nach dem Kampf mitgenommen ist und große Niederlagen hinter sich hat, die aber das letzte Treffen noch nicht gegeben hat; 15 Millionen deutscher Arbeiter haben ihr letztes Wort noch nicht gesprochen; und rings um Deutschland liegen Länder mit starker Arbeiterbewegung, und wir leben den Klassenkampf wachsam nicht nur in Deutschland allein. Die Parteien der Kommunisten erobern immer mehr die Arbeiterklasse. Darin besteht der Unterschied; doch die Analogie ist durchaus berechtigt; einstellende haben wir in Deutschland, ebenso wie nach der Niederlage der Kommune in Frankreich, eine Lage, die unter der Losung „Republik ohne Republikaner“ liegt.

### Was werden die unmittelbaren Folgen der Hindenburgwahl sein?

Man kann sie jetzt kaum ganz voraussagen. Es ist jedoch vollkommen klar, daß innerhalb Deutschlands das **Wachstum der politischen Gegensätze** zunehmen und sich verschärfen wird. Die sozialdemokratischen Führer, die jetzt eine Programmatik gegen die Kommunisten betreiben, werden sich sehr bald mit Hindenburg ausöhnen. Sie haben ihn in den Kriegsjahren auf den Händen getragen; sie waren auch die letzten, die die bürgerliche Republik proklamieren. **Wie Meis und Scheide, man werden sich mit Hindenburg ausöhnen.**

Das heißt aber nicht, daß die deutsche Arbeiterklasse sich mit Hindenburg ausöhnen wird.

Das wird nicht geschehen. Die Gegensätze innerhalb Deutschlands werden wachsen; in Deutschland bildet sich eine viel weniger stabile politische Lage heraus, als man hätte glauben können.

Und welche werden die internationalen politischen Folgen sein? Zweifellos erster Natur. Hindenburg bedeutet jedenfalls nicht die Stabilisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, sondern umgekehrt deren Verschärfung. Hindenburg bedeutet auch nicht die Stabilisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, sondern deren Verschärfung. Auf der Linie Deutschland-Frankreich, Deutschland-Polen heißt das die **Schaffung einer unruhigen, unruhigen Lage**, einer Lage voller Gefahren, von Ueberforderungen trübtig.

In bezug auf Sowjetrußland ist die Sache viel komplizierter. Hier wird ein langames Kräftegleichgewicht eintreten. Hier wird die Entente versuchen, eine Zeitlang die Sache so zu deckeln, daß das Hindenburg-Deutschland gegen die Sowjetunion ausgespielt wird. Die Tendenz dazu war schon vor der Hindenburg-Wahl vorhanden. Seine Wahl gibt den Engländern die Möglichkeit, dieses Spiel etwas langsamer, aber um so sicherer zu spielen.

Genossen ersehen die Meinung, daß Amerika auf Hindenburgs Wahl mit einer **Kreditüberzeugung** an Deutschland reagieren würde, d. h. die Hand auf der Tasche halten würde. Heute erscheint eine entgegengelegte Meinung, daß Hindenburgs Wahl als **Festigung des Konservatismus** in Deutschland und als **Reaktion gegen den Bolschewismus** eingeschätzt wird, so daß die nach den Worten des Finanzministers Mellon die Interessen derjenigen sicher, die ihre Kapitalien in Deutschland investiert haben. Es ist selbstverständlich, Genossen, daß in Amerika und in der ganzen Welt sich Elemente einfinden werden, die die Karte auf „Solidere“ politische Kräfte in Deutschland sehen, die ihrer Meinung nach instand sind, das Land vor dem Bolschewismus zu retten.

Was geschieht in Deutschland vom Standpunkt der **welt-historischen Perspektiven**? Wir haben in Deutschland die proletarische Revolution erwartet. Zu Beginn unseres Oktoberumsturzes hatten wir gehofft, sie würde sich in einigen Monaten vollziehen. Die Revolution in Deutschland kam bedeutend später, und auch nicht die proletarische Revolution, sondern bloß die Revolution, die Wilhelm zum Teufel gejagt hatte. Mit gewissen Einschränkungen können wir sagen, daß in Deutschland eine **bürgerlich-demokratische Revolution** stattgefunden hat. Man darf sie nicht mit der russischen bürgerlich-demokratischen Revolution verwechseln, in Anbetracht der Verschiedenheit in der sozialen Struktur.

### Die Lehre der deutschen Revolution

Deutschland hat eine interessante Illustration zu unserer alten Streit mit den Menschewitz und Trotski geliefert, die behauptet hatten, die Bolschewitz seien für eine „Selbstbeschränkung“ des Proletariats, das Proletariat aber würde niemals, zur Macht gelangt, „sich selbst beschränken“, würde, an das Ruder gelangt, sofort die sozialistische Revolution vollbringen! An dem Beispiel Deutschlands haben wir gesehen, daß das Proletariat zur Macht gelangt war; das ganze Land war mit Revolutionären überzogen, die fastlich die Herzen der Lage waren. **Die erste deutsche Regierung nach der Revolution bestand aus sechs Sozialdemokraten; drei Rechten und drei Unabhängigen.** Die Arbeiter hatten die Macht in ihren Händen, aber dank der uns wohlbekannten Rolle der Sozialdemokratie und Soldatenräte selbst auf dem Reichstag durch die Weimarer bürgerliche Verfassung „selbst beschränkt“. Wir waren Zeuge dessen, wie die höchst intellierte Arbeiterklasse Deutschlands sich durch die bürgerlich-demokratische Revolution selbst „beschränkt“ hat. Das, was momentan vorgeht, kann charakterisiert werden als ein gewisses umgekehrtes Anzeichen der bürgerlich-demokratischen Revolution zur Monarchie, halb feudalen, halb bürgerlichen Schläges. Während in Rußland vom Februar bis zum Oktober 1917 wir in den neun Monaten eine Entwicklung der bürgerlich-demokratischen Revolution zur proletarischen wahrnahmen, sehen wir in Deutschland jetzt in kurzer Zeit gewissermaßen den umgekehrten Prozeß. 1921 und 1923 glaubten wir, wir hätten es in Deutschland mit einem Uebergang zur proletarischen Revolution zu tun. Jetzt aber beobachten wir die Zurückgehen, einen gewissen Krampf in der entgegengesetzten Richtung der Entwicklung von der bürgerlichen Revolution zu Hindenburg, zu der **Monarchie**. Ich glaube, Genossen, daß das bloß eine **Epilobe** ist, eben eine **Zufugung**, aber eine im höchsten Grade charakteristische Zufugung, die wir unbedingt verstehen müssen.

### Hindenburg und Kautsky

Der Sieg Hindenburgs muß uns also zeigen, die molekularen Prozesse tief zu erfassen, die sich in den Weisungen eines Landes wie Deutschland abspielen, eines Landes, das durch den Neuzerstoß des Bürgerkrieges hindurchgegangen ist. Dieser Sieg muß uns zugleich begreifen lehren, welches Ausmaß die politische Stabilisierung auch in Europa annimmt. Wir sehen dort eine Reihe unerwarteter Momente und die Entstehung solcher Faktoren, die diese Stabilisierung erschüttern können, jetzt vielleicht noch rechts, aber die krampfhaften Schwankungen nach rechts können von eben solchen Schwankungen nach links abgelöst werden. All das wirft die Frage der proletarischen Revolution in einer ganz neuen Situation auf und stellt uns vor neue Gegebenheiten.

Man darf sich nicht wundern, daß die deutschen Kommunisten sich so schwer entschließen, irgendeine Möglichkeit selbst vorübergehenden Zusammenschlusses mit der deutschen Sozialdemokratie gegen die Monarchie zuzulassen, denn die Führer der SPD, ebenso wie die ganze 2. Internationale, verführen die bürgerliche Republik.

Ein Beispiel soll es euch erklären: Wir haben gehört, daß in der Sitzung der Exekutive der 2. Internationale, die kürzlich stattgefunden hat, Kautsky gewisse Zeitläufe zur russischen Frage eingebracht hat, die abgelehnt wurden, und die selbst für die Menschewitz sich als rechts erwiesen.

Wir lachten lange nach diesen Theilen und erst jetzt gelang es uns, sie zu verstehen. Es ist recht interessant, sie kennen zu lernen, um zu begreifen, warum es in Deutschland in der Tat so schwer war, nun irgendeinem Zusammengehen der Kommunisten mit den Sozialdemokraten gegen die Monarchie zu reden, wenn auch ein solches Zusammengehen absolut zulässig und notwendig gewesen wäre.

Sie wissen wohl, Kautsky ist ein ziemlich beachteter Herr und ein ziemlich ausgeglichener Mann (Heiterkeit). Hindenburg ist 78 Jahre alt, Kautsky ungefähr ebenso alt, jedenfalls sind sie beide mindestens anderthalb Jahrhundert alt. (Heiterkeit.) — Sie wissen, daß dieser weißhaarige Greis laßt wie ein Lamm und weiß wie Schnee ist, wenn es sich um die Bourgeoisie handelt. Er ist ein Gegner der Auffassung, des Bürgerkrieges und dergleichen mehr. Doch hört man diesen Greis an, der harmlos seinen Lebensabend genießt, wie er sitzt, sobald es sich um uns, um Sowjetrußland handelt, sobald es sich um unsere Revolution handelt. Die Zeitläufe heißen so:\*)

### Die Pflichten der Internationale in bezug auf Rußland

Bisher glaubten alle, daß die Pflichten der Internationale in bezug auf Rußland in dieser oder jener Unterstützung bestanden. Kautskys Zeitläufe begannen aber abzuwandeln:

Wie seinerzeit der Kampf gegen den Absolutismus, so bildet jetzt der Kampf gegen die Despotie, die die Völker Rußlands und die von ihm eroberten Gebiete in Unterdrückung und Sklaverei hält, eine der wichtigsten Pflichten der Sozialisten aller Länder. Die Kuhnheiter der Revolution wurden zu ihren Totengräbern, und jetzt, wo sie bloß revolutionärsfeindliche Funktionen erfüllen, stellen sie eine russische Spielart des Bonapartismus dar.

Das nächste Abwehrmittel gegen die größte Gewaltanwendung bildet ihrerseits die Gewalt. Die sich auf bewaffnete Macht stützende Despotie wurde bis jetzt fast immer nur durch den Volksaufstand oder durch Absehung ihrer Anhänger gestürzt.

Weiter folgen keine Einschränkungen, die diplomatische Sache vorzuziehen sollen. Er neurtelt die 2. Internationale, die nicht zum Ziele führen. Und in diesem Sinne ist es für partielle Aktionen nicht zu haben. Er möchte womöglich ohne Aufstände und ähnliches mehr auskommen.

Die Position Kautskys war sogar für die russischen Menschewitz ein bißchen „zu viel“ und sie lehnten sie ab. Aber stellen Sie sich vor, wie muß das Verhalten der deutschen Kommunisten zu den Sozialdemokraten sein, wenn sie wissen, wie dieser gelehrte Kautsky und mit ihm alle sozialdemokratischen Führer zu der Sowjetrepublik stehen! Das beweist nur noch einmal, wie sehr die Wege der Anhänger der 2. und diejenigen der 3. Internationale auseinandergegangen sind.

Es will mir dünken, daß diese beiden gewissermaßen symbolischen Gestalten — Hindenburg und Kautsky — in sich dennoch die Verschiedenheit Deutschlands und ganz Europas verkörpern. Wir sind jetzt Zeugen einer solchen Konfiguration und solcher Zustände, die vorübergehend Hindenburg stärken und dadurch Kautsky stärken. Wir gehen werden sie Freunde sein. Doch die Zukunft gehört nicht diesen beiden Greisen.

\*) Da wir die Kautskyschen Zeitläufe nicht im Original bei der Hand haben, so zitieren wir sie in der russischen Übersetzung aus dem russischen nach der „Pravda“. Der Kautsky kann ja die Ungenauigkeiten der Uebersetzung bei der Redaktion der „R. F.“ beanstanden. Der Redakteur.



# Was bringt Hindenburg den wert-tätigen Bauern?

(Von einem Dorfkorrespondenten)

4 1/2 Jahre wurden die werttätigen Bauern von Hindenburg geführt zur „Verteidigung des Vaterlandes“. Die Bilanz dieser 4 1/2 Jahre für die Bauern ist: 450.000 Tote, fast eine Million Krüppel und Verwundete, die Arbeit der Bäuerin über den Kopf wuchs. Außerdem wurde im Namen der Hindenburgfront das letzte Stück Vieh aus dem Stall geholt, da der Junter „nichts abgeben konnte“. 1918 führte Hindenburg im Auftrage Ebert-Scheidemann die Truppen „geordnet“ zurück, um den Volkswirtschaft nicht um sich greifen zu lassen. Millionen Hektar Land bieten Raum für Hunderttausende, wurde auch durch die SPD „zugerufen“. Land erhielt jedoch niemand. Das Siedlungsgebiet blieb ein Stück Papier, brachte praktisch nichts; obgleich die Junter 12 Millionen Hektar Land nach Hause lassen. Die Schwerindustrie, Bankiers und Junter traten in den Hintergrund und ließen ihre Geschäfte durch die Sozialdemokraten und andere Fraktionen der Weimarer Koalition betreiben. Die Geschäfte dieser Vampire am Markt des werttätigen Volkes wurden gründlich belagert. Durch das Versäulen der Preise für Inflation wurden nicht zuletzt den Bauern ungeheure Verluste auferlegt, das kleine vorhandene Kapital geraubt, während die kapitalistischen Ströme sich mächtig bereicherten. Die Hindenburg-Politik schimpfte die Weimarer Koalition Verräter und Verberber des Volkes, und mit Recht. Sie verheimlicht aber, daß sie dieselbe Politik betrieben — bis zum 20. August 1924, wo die ganze Hindenburgfront von 1914—18 sich wiederfand. Die Parteien von den Deutschnationalen, der Partei Hindenburgs, bis zur SPD, verlaufen das selbe Vaterland, für das sie 4 1/2 Jahre das werttätige Volk in den Krieg geführt haben, an den Erbfeind und zeigten sich offen. Freiwillich unterwarf sich diese Front von Volkserbverben der internationalen Hochfinanz und — büteten den werttätigen Klassen neue Steuern, neue Lasten aller Art auf, Verschleierung, Steigerung der Industriezweige, Zinswucher usw. Die Luther-Regierung führt keinen Kampf um die Befreiung der Ackerzone, sie verzichtet freiwillig auf das linke Rheinufer — sie duldet aber nicht, daß der sich immer plagende Bauer auch nur kurze Zeit mit der Steuer rüchstandig ist. Sie wirft große Summen den großen Schiebern in den Kochen und lenkt kein Erbarmen mit dem kleinen Mann. Sie ruiniert ihn und wirft keinen Behalt den Finanzmännern zum Fraß hin — — — Und Hindenburg? Er will die Politik des Sachverständigen-Gutachtens festlegen, er, der von auch 4 1/2 Jahre forberte, fürs Vaterland auch tödlichen zu lassen, fordert jetzt, daß der Bauer ebenso wie das übrige werttätige Volk arbeitet — hungert — Steuern bezahlt für die deutsche, englische, amerikanische, französische usw. Hochfinanz. Er erklärte, er liehe auf dem Boden des Dawesplanes, er ist für den Garantepakt, er will die Bauern und Arbeiter, wie 1914, wieder in den Krieg treiben, aber nicht zur Vaterlandverteidigung, sondern als Kanonensutter für die Herrscher der kapitalistischen Welt, die internationale Hochfinanz. Er will, wie Ludendorff vor drei Jahren, die Armeen gegen Rußland aufstellen.

## Was bedeutet das?

Bauer, hast du Plandern, Frankreich, Polen usw. gesehen? Die Jerstörung wird in Deutschland, und zwar in den agrarischen Gebieten östlich der Elbe vorgenommen werden, Millionen deutscher Bauern werden von ihrer Scholle vertrieben sein, ihr Besitz wird veräußert werden, nur weil Hindenburg den Knecht des internationalen Kapitals spielen will. Den deutschen Bauer und Arbeiter hält er für dumm genug, sich abzuschlechten, die Familie zerstreuen zu lassen und kein Leides blicken habe dem Imperialismus zu opfern. Das werttätige Volk hat noch genug vom letzten Krieg.

Die Republik hat das Volk betrogen, aber es ist keine Republik der Arbeiter und Bauern, sondern eine Republik der großkapitalistischen Schieber, eine Kolonie der internationalen Hochfinanz, und Hindenburg wird auf diese Republik schwören, bis die Zeit der Monarchie von den Feindlichen Deutschlands als gekommen angesehen wird. Weitere Ausplünderung, größerer Wucher, höhere Steuern, Krieg, das ist das Programm der Nachthaber, und Hindenburg will dieses Programm durchführen. Das deutsche Volk soll weiter Gut und Blut für den Geldhof opfern.

## Will der Bauer das?

Nein, tausendmal nein, ebensowenig wie der Arbeiter. Angetrieben und gezwungen, darum muß das werttätige Volk einen Kampf führen gegen Hindenburg, seine Partei und sein Programm, das Programm des Kapitals, der Herren der Welt, das Programm aller bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu der Sozialdemokratie. Der Bauer aber will Land, gerechte Steuern, billige Kredite, billige Preise für Düngemittel, Saatgut und Industrieerzeugnisse. Das sind aber Forderungen, die er nur durchsetzen kann im Kampf gegen das großkapitalistische Programm Hindenburgs, im Kampf gegen alle Parteien, die für den Dawesplan und den Krieg gegen Sowjetrußland, im Kampf gegen die Monarchie, ebenso wie gegen die kapitalistische Republik. Die Forderung wird der Bauer nur verwirklichen können, wenn er mit der Arbeiterklasse gemeinsam gegen das Großkapital und seinen Knecht Hindenburg führt für eine Republik, in der die Arbeiter- und Bauernklasse herrschen. Nicht Hindenburg ist der Ketter des Volkes, sondern

der das Kampfbündnis der Werttätigen in Stadt und Land wird das Elend und die Sklaverei befestigen. Die Republik der tollkühnen Arbeiter und Bauern in Deutschland wird im Bündnis mit Sowjetrußland viel leichter den Herrschern der Welt die Stirn bieten.

Gegen Hindenburg, gegen den Dawesplan, gegen einen imperialistischen Krieg werden Arbeiter und Bauern ihre Existenz verteidigen und ihre Macht errichten müssen. Aufgabe der Kommunisten ist, diese Tatsache den Bauern in jedem Dorf klarzumachen. Gelingt das, dann werden wir wie unsere Genossen, das deutsche Volk zum Siege führen.

## Adels- und Pfaffenherrschaft im württembergischen Oberschwaben

Wir erhielten folgenden Brief von einem oberwürttembergischen Kleinbauern, der die Willkürherrschaft der großen Grundbesitzer im ländlichen Württemberg und die Notlage der dortigen Kleinbauern drastisch beleuchtet. Wie im feudalen Mittelalter, so müssen sich heute noch die kleinen Bauern gefallen lassen, daß die hohen Herren, um ihrer Jagdlust zu fröhnen, ganze Herden von Schwärzen und Horwid hegen, die die Felder der Kleinbauern verwüsten. Hierzu kommt überall Steuerdruck, Fuchswucher, hohe Preise für Industrieerzeugnisse. Die Kirche hilft mit, die Kleinbauern auspressen und verdrängen. Wir lassen unseren Gewährsmann reden:

„Ich will ich Ihnen noch die Jagdverhältnisse schildern, im württembergischen Oberschwaben, wo die Jägerschmiedler thronen und der König von Oberschwaben, der Fürst von Württemberg-Waldsee, der Nachkomme des Truchsessens Hans Georg, des Bauernhenners, hohnt.“

Dieser Jägerschmiedler hat in an 75.000 Morgen Land, fürwahr, eine große Jagd, nicht wahr? Aber das reicht noch nicht. Die Gemeindejagden haben sie auch noch seit Menschen-gedenken. In den Gemeinden Wickenauher, Zimmerweil, Wollweg usw. hat dieser Herr das sogenannte Feinrecht.

Die dortigen Ortsvorsteher sind willkürliche Leute. Sie werden im Herbst eingeladen, wenn große Jagden sind, und werden hat auch schone Holzteile, aber es gibt ein Weiberlein zum Jüchen. Die Gemeinderäte, deren Söhne, Schwäger und Verwandten bekommen auch ein Teilchen ab, damit die Jagden nicht öffentlich ausgeboten und nicht zu teuer werden.

Andern wird das Jagen nicht gestattet. So haben z. B. in der Gemeinde Entintumen die Orts- und Gemeindegemeinschaften erst nachträglich erfahren, daß die Jagden wieder verkauft sind auf sechs Jahre. Aber den ungeheuren Mißständen haben die Gemeindegemeinschaften zu tragen und zu leiden. Ob sie Brot haben oder nicht, das ist dieser Gesellschaft gleich. Was kümmert sie es, ob der kleine Bauer verhungert oder nicht, ob er Steuern bezahlen kann oder nicht.

Im Krieg war es anders, da hatte auch der kleine Bauer das gleiche Recht, als es galt, auf Menschen zu schließen. Da war der kleine Landwirt immer vorne. Heute haben nur die Jägerschmiedler, Wucherer und Schieber ein Recht, wenn sie auch nicht aus der Gemeinde sind, wenn sie nur Geld haben. Solche Schmarotzer dürfen das Wild dann hegen und pflegen und in Kadeln nach Belieben in dem freiesten Staat der Welt, wo ein Sold, Kaserne, Kaserne und Körner regieren, herumlaufen lassen. Keiner der Abgeordneten, weder der Körner, noch die vom Zentrum wollen hier anheihen. Diese frommen Krüppelschieber helfen alle zum großen Geldhof und zu den Prästen. Das sind Zustände, die zum Himmel stinken. Wenn es einen Gott gibt, dann müßte er solche Schmarotzer mit Feuer und Schwefel vernichten.

Das sind ja herrliche Zeiten, wenn man 8—10 Stück Rotwild tagtäglich aus den Saatfeldern und dem Reis fahrlässig fassen kann und man spielen muß, wie kein Brot in der Schublade und kein Geld in der Tasche ist. Dazu kommt jede Woche ein Steuerzettel, und kommt man am Sonntag in die Kirche, da läßt der Herr Pfarrer noch zwei Bortrunder beten für den hohen Patronatsheeren, wie das z. B. in Wollweg der Fall ist. Er wird noch extra bezeugt und beweidet mit gemeinlich Pfarrer, und vom Papst in Rom bekommt dieser Nachfolger des Bauernhenners noch einen Orden an den letzten Rauch gehängt.

Wenn man das alles mit ansehen muß, geht jedem, der noch ein bißchen menschlichen Verstand hat, der Glaube an einen Gott und Gerechtigkeit aus. So etwas kann es nur in diesem verfaulenden Deutschland geben, und diese Zustände können nur befestigt werden, wenn Kleinbauern und Arbeiter in Land und Stadt sich zusammenschließen und einmal ganz gewaltig Abrechnung halten und ihr Geschick selbst in die Hand nehmen, wie das in Rußland geschehen ist.

Ron den Land- und Reichstagen, vielen Klatschreden, verprechen sich die Kleinbauern auch nur wenig, denn diese Krüppelschieber hängen uns nur immer Steuern und immer wieder Steuern auf, aber untereinander bessern sie sich die Gehälter auf und wir Kleinbauern und Arbeiter müssen es bezahlen. Man denke nur an den Decker von der Reichsbahn-gesellschaft mit seinen 100.000 Mark Gehalt, an den Barmot und den Kuhgeschwinder. Dabei sind wir kleinen Landwirte nicht mehr in der Lage, auch nur eine Arbeitshose zu kaufen, ohne Schulden zu machen!

Wir ging im Herbst ein Pferd ein. Ich konnte mir keines mehr kaufen. Mein Nachbar mußte seinen Ochsen verkaufen wegen der Steuern, auch er kann sich keinen mehr kaufen, wir müssen nun zusammenspannen, um die Felder bestellen zu können und die Milchkuhe einlernen. Wenn es so weiter geht mit den Steuern, dann werden auch die bald verschwunden sein im Steuerlocher.

Bei der letzten Viehzählung fehlten bei uns in zwei kleinen Weilern 25 Stück Vieh gegenüber dem vorigen Jahre. Alles ist weggekauft und wegekauft. Ich besahle heute zum Beispiel mehr Kirchensteuern, als mein Vorjahr Gesamteuern bezahlt hat, und das gibt zu denken. Mein Schwiegermutter bezahlte 45 Mark Gesamteuern, ich bezahle heute allein 58 Mark Kirchensteuern, und das Gut ist noch gleich groß.

Allo auch die Kirche hilft noch mit, und durch Steuerraub zu enteignen zugunsten der Drahten und Großkapitalisten. Aber dafür sind eben Schafe zum Scheren da. Doch wenn wir keine Wolle mehr haben, dann werden auch diese nicht mehr scheren können. Im Krieg haben sie Nord und Tschillog gepredigt, hat doch anno 14 der Bischof von Rotzburg in Wollweg gepredigt: Könnte ich den Krieg verhüten oder verhindern, so würde ich es doch nicht tun.

## Die Grundlagen der neuen russischen Dorfpolitik

Die jüngste Lösung der ABR für die Innenpolitik der Sowjetrepublik: „Das Gesicht dem Dorke zu!“ hat auch den Grundton der letzten, 14. Bundeskonferenz der Partei gebildet. Betrachten wir die Grundlinien dieser Orientierung auf den Bauern, wie sie Genosse Krolow in seiner großen Rede über das Genossenschaftswesen auf der Konferenz skizziert hat.

Die charakteristischen Züge der russischen Wirtschaft der letzten Zeit sind die rasche Entwicklung sowohl der Industrie wie auch der Landwirtschaft. Sowjetrußland macht gegenwärtig einen raschen sozialistischen Akkumulation durch, die sich auch auf dem ländlichen Lande auswirkt. Wenn bisher die Industrie nationalisiert, die Banken verstaatlicht, kurzum die Produktion fast „juristisch“ in Besitz der Werttätigen war, so gilt es jetzt noch, den Besitz mit realem Inhalt zu fassen. Die Verlagerung der „Kop“ auf das ländliche Land geht zugleich so rasch vor sich, daß die quantitative Veränderung nach davon ist, einen qualitativen Umschlag im Leben des Dorkes zu erzeugen.

Das Dorf macht den Akkumulationsprozeß durch, indem es zur Warenherzeugung in der Landwirtschaft übergeht. Zugleich aber ist im russischen Dorke eine sogenannte „relative agrarische Arbeiterbevölkerung“ wahrzunehmen, d. h. ein Vorhandensein von Arbeitskräften außerhalb des Produktionsprozesses. Es würde nicht zum Ziele führen, wollte man von Staatswegen den armen Bauern Produktionswerkzeuge, Pferde und Geräte geben und mit administrativen Verböten allein arbeiten. Jetzt gilt es, der Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Lande nicht administrative Schranken zu stellen, sondern die politische Macht in den Händen des Proletariats, eine Entwicklung der bürgerlichen Beziehungen auf dem Lande zuzulassen.

Man hat noch bis vor kurzem in Rußland versucht, den Begriff der besitzenden Bauern auseinanderzuhalten, von dem der „Kulak“ (wörtlich: „Die Faust“), wie der Ausbeuter und Ausbeuteter (wörtlich: Arbeit) in russischen Dorke genannt wird. Auch Gen. Krolow suchte diesen Unterschied aufrecht zu erhalten. Gen. Krolow meint: Es muß nichts, scholastische Spaltarbeiten in dieser Frage anzustellen. Dies war, wie schon Lenin vor mehr als einem Vierteljahrhundert bewies, ein Vorurteil der Narodnik. Tatsache ist nun einmal, daß wir es hier mit einer Aneignung des fremden Mehrwertes zu tun haben. „Unter Verhältnis zu dieser Sicht“, sagte Krolow wörtlich, „muß aufgehoben werden nach der Analogie der Verhältnisse zum Feudalkapital in der Stadt, in Handel und Industrie. Durch administrative Maßnahmen können wir jetzt das Feudalkapital nicht bekämpfen.“

Und weiter: „Die Hauptfrage, das Schwierigste, was wir unbedingt erreichen müssen, ist, daß wir den Kapitalismus in der Landwirtschaft entzweigen und doch in höherem Maße als bisher das Gesicht dem armen und mittleren Bauern zukehren.“

Diese Aufgabe löst also eine Reihe von Konsequenzen an das landwirtschaftliche Kapital zur Ausbeutung fremder Arbeit zu, sucht aber durch Organisation der Bauern als Warenproduzenten und durch Befestigung des Feudalkapitals durch die freie Konkurrenz den Feldherrenhügel, auf dem das Proletariat steht, nicht nur zu sichern, sondern noch weiter zu befestigen. Real entstehen folgende Aufgaben: „Der Handel“, sprach Lenin in seinem bekannten Artikel „Ueber die Bedeutung des Geldes.“ „ist das „Kettenglied“ in der historischen Kette der Geschichtswissenschaft, das mir als proletarische Staatsmacht, als leitende kommunistische Partei mit aller Kraft anzuwenden müssen.“

Der Handel ist das ausschlaggebende Moment für das russische Genossenschaftswesen, der praktische Sozialismus nach der Nachteroberung durch die Werttätigen. Daneben läuft eine Reihe anderer Aufgaben, die in der letzten Zeit den Partei- und Sowjetapparat der Sowjetunion beschäftigt. Die Frage der „Belebung“ der Sowjets, die kulturelle Erhebung des Dorkes, die Frage der Dorfkorrespondenten, die Arbeit der Partei und der kommunistischen Jugend auf dem Lande — das sind alles Glieder an und derselben Kette an der neuen politischen und ökonomischen Front unter der Herrschaft der Werttätigen.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Pewog“, Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Kemmer, Dresden.

# DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionszeit“

von P. G. Dybenko

Draufisch von Eduard Schlemann  
Verlag Carl Heymann, Leipzig, Hamburg & Berlin

(33. Fortsetzung)

Es tritt ein Militär ein, offenbar ein ehemaliger Offizier, und meldet, daß Jarstojke von Kerenstj eingekommen sei. Eine Menge Kosaken mit Artillerie und einem Panzerzug seien in Jarstojke eingetroffen. Untere Truppenteile hätten in Jarstojke ohne Verteidigung. Man müsse die Axtenden aufhalten, Ordnung unter sie bringen und wenigstens Vorpostendienst und Patrouillen zur Nacht organisieren. Wir verlassen das Haus, und in diesem Augenblick lech ein Geschützfeuer ein: man beginnt, Pulverfömo zu beschleichen. Ein der Geschosse schlägt in das Haus ein, wo sich eben noch der Stab befunden hatte. Mit großer Mühe gelingt es, eine Gruppe von bewaffneten Arbeitern und Soldaten aufzuhalten. Sie überschütten uns mit Fragen: wo bleiben die Matrosen? Wann kommen sie? Ich überzeuge sie davon, daß die Matrosen unterwegs seien und daß sie Artillerie mitbrachten. Antonow-Osijenko bleibt zurück, um die Verteidigung zu organisieren. Ich aber kehre nach dem Smoln zurück, um dem Gen. Podwojsky Bericht zu erstatten. Er überschütet mich wieder mit Fragen, ich gleichzeitig einige Anordnungen und fordert mich auf, sofort die auf den Pulverfömo-Werfen befindliche Artillerie zu holen.

Aber ich bitte Sie, Gen. Podwojsky, es sind ja keine Pferde da. Und die Bedienungsmannschaft fehlt wohl auch?

Gen. Podwojsky: „Verlassen Sie die Artillerie auf Eisenbahnwagen, die Mannschaft wird sich aus Arbeitern formieren lassen.“

Im Smoln treffe ich Wladimir Ujisch. Er ist sehr ruhig. Fragt: „Nun, wie sieht's an der Front?“ Ich erzähle ihm von der Lage und erkläre:

„Ich fahre in die Zentralkette und lege sofort Patrouillen-Abteilungen in Bewegung, anderenfalls wird Kerenstj nach Petersburg kommen.“

Wladimir Ujisch billigt meinen Plan mit stummen Kopfnicken. Ich gehe.

Es gelingt im Laufe der Nacht, zwei Matrosenabteilungen nach Pulkowo hinüberzuführen. Die aus Finnland eingetroffene Artillerie wird ausgeladen, am Abend des 29. ist sie in Pulkowo. Diesen ganzen Tag verhielten sich die Truppen Kerenstjs passiv und gaben dadurch dem Revolutionskomitee die Möglichkeit, nicht nur bei Pulkowo, sondern auch bei Krasny und Kaspino Abteilungen von Matrosen und Infanterieregimentern zusammenzuschieben.

Am 30. Oktober scheiterte der Angriff der Kosaken an dem energischen Widerstand der Matrosen. Nachdem die Angriffe zurückgeschlagen waren, gingen die Matrosen selbst zum Angriff über und stürmten mit aufgepflanzten Fahnen den Panzerzug. Kerenstjs Truppen erlitten bedeutende Verluste und zogen sich überstürzt nach Gatschina zurück, ohne uns nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen zu haben.

Am elf Uhr abends trifft aus Gatschina in Jarstojke — ohne Kerenstjs und Krasnows Wissen — eine Kosakendelegation von drei Mann ein (ein Offizier und zwei Kosaken) mit dem Anerbieten, mit uns Verhandlungen anzuknüpfen. Sie versichern, daß ein Angriff von uns auf einen entschlossenen Widerstand der Kosaken und Offizierschüler stoßen würde; außerdem erwartete man in Gatschina von Stunde zu Stunde das Eintreffen der Stoßtruppen. Es sei keine Zeit zu verlieren.

Ohne den Smoln davon in Kenntnis zu setzen, entschleiche ich mich, sofort nach Gatschina zu fahren. Ich nehme nur den Matrosen Truchsin mit und fahre mit der Delegation der Kosaken um ein Uhr nachts ab.

## Gatschina.

1.

Am 1. November, um zwei Uhr nachts, fahren wir in einem Sanitätsauto auf schmalen Straßen nach Gatschina. Unterwegs werden wir von den Vorposten der Kosaken mehrmals angehalten. Gegen 3 1/2 Uhr nachts sind wir in Gatschina und fahren vor dem Schloß vor. Der anliegende Platz ist schwach beleuchtet. Das Auto hält am Tor. Ein diensttuender Offizier kommt heraus. Ich steige aus dem Auto, der Offizier fragt mich: „Wer sind Sie?“

„Ich bin gekommen, um mit den Kosaken Verhandlungen zu führen.“

Der Offizier: „Ich muß Sie verhaften. Bitte geben Sie Ihre Waffen her.“

„Ich habe nur einen Revolver. Und diesen Revolver werde ich nicht abgeben. Wenn Sie Ihre Delegation nur zu dem Zweck geschickt haben, um einen von uns als Geisel festzunehmen, so werden Sie damit nichts erreichen. Meine Verhaftung wird Ihnen teuer zu stehen kommen.“

(Fortsetzung folgt.)



# Veranstaltungskalender

**UB. 6.** Alle Kassierer müssen am Mittwoch im Sekretariat erscheinen. Kartorten, Kataloge und Sammellisten abgeben.

**APD. Groß-Dresden.** Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im „Körnergarten“, Große Meißner Gasse: Allgemeine Mitgliederversammlung.

Sämtliche Zellengruppen-Bezirksammlungen fallen am Freitag, den 15. Mai, aus!

**Referentenbesprechung**  
Sonnabend, den 16. Mai, abends 8 Uhr im Stadtcasé. Erscheinen aller dringend notwendig.

**Wichtig! Genossen von Groß-Dresden!** Photographien von der Maidemonstration sind im Sekretariat Jakobsgasse 15 zu haben.

**APD. Holzarbeiter Dresden.** Mittwoch, den 13. Mai, nachm. 5 Uhr: Fraktionsführung im Rest. „Stadt Plauen“, Kleine Plauensche Gasse.

**PKA.** Am Mittwoch, den 13. Mai 1925, abends 7.30 Uhr, Güterbahnhofstraße 24, Sitzung. Erscheinen aller Genossinnen und Mitglieder.

**APD. Dresden Zentrum, 3. Distrikt.** Mittwoch, den 13. Mai, Funktionärssitzung bei Gen. Schierack, Reichstr. 2, 1. Et., abends 8 Uhr.

**Ortsgruppe Pirna.** Donnerstag, den 14. Mai 1925, abends 7.30 Uhr, Vorstandssitzung.

**Pirna.** Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im „Volkshaus“: Mitgliederversammlung für Groß-Pirna.

**Ortsgruppe Freital.** Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Stadt Dresden“, Voientstraße, allgemeine Mitgliederversammlung. Referent: Genosse H. Renner. Alle Parteigenossen haben vollständig und pünktlich zu erscheinen.

**Tharandt.** Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Zum Hirsch“: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

**Heidenau.** Sonnabend, den 16. Mai, abends 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung bei Gen. Klemmt.

**Jung-Partiabund.** Dienstag, den 12. Mai, UB-Sitzung, 7.30 Uhr, Güterbahnhofstraße 2, 1. — Sonntag, den 17. Mai, Funktionärssitzung Groß-Dresden des JPB., vormittags 9 Uhr, Güterbahnhofstraße 2, 1.

**APD. Erwerbslose.** Donnerstag, den 14. Mai 1925, im Restaurant Müller, Oppelstraße 18, nachmittags 2 Uhr, wichtige Erwerbslosenbesprechung. Erscheinen aller ist Pflicht. — Die Erwerbslosen-Zeitungen müssen nunmehr endlich bei Genossen richtig abgerechnet werden.

**Kommunistische Jugend Südwest.** Donnerstag, den 14. Mai, außerordentliche Mitgliederversammlung im Posthof, Cotta, Klopffeldstraße, Ecke Untersdorfer Straße. Mitgliederkarten sind mitzubringen. Gäste haben keinen Zutritt. Anfang 8 Uhr.

**Proletarische Freidenker, Gruppe Peuben.** Dienstag, den 12. Mai, abends 7.30 Uhr im Jugendheim Mitgliederversammlung.

lung. Genosse Karl Niesch spricht über China. Außerdem sehr wichtige Tagesordnung, die jedes Mitglied zum Erscheinen verpflichtet.

**Proletarische Freidenker, Traubenberge.** Dienstag, den 12. Mai, Mitgliederversammlung im Vergnügungsbau. Genosse Oberlehrer Schmidt spricht über das bapische Konföderat. Gäste willkommen.

**Gemeinschaft prol. Freidenker, Gruppe Völsau.** Dienstag, den 12. Mai 1925, im Jugendheim, Poststraße 15, abends 8 Uhr, Monatsversammlung.

**Proletarische Freidenker Ebersbach.** Mittwoch, 13. Mai: Mitgliederversammlung und Vortrag von Lehrer Schölze im Sportheim. Gäste willkommen.

## Goermus spielt heute

abend 8 Uhr in der „Konstantia“ Dresden-Cotta

Wegen Ueberfüllung des Sirebeners Konzertes im „Volkshaus“ in Sireben findet eine Wiederholung desselben statt. Vor diesem, und zwar nachmittags 4 Uhr, findet ein Konzert zu ermäßigten Preisen für Erwerbslose, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kinder statt.

## Arbeitersport

### Fußballsport.

**1. Klasse:**  
**Wilmannia-Völsau 0:2 (0:1).** Eine unverdiente Niederlage erlitt bei diesem Spiel W. Nach hartem und hartem Kampfe konnte V. in der 16. Minute die Führung übernehmen. Das zweite Tor fiel in der zweiten Halbzeit und wurde durch Unfairness erzielt. Auf Grund dessen protestierte W.

**Pirna-Neustadt 0:7 (0:3).** V. verführte seinen guten Ruf auch in diesem Spiel vollkommen. Klaches und präzisles Fußball brachte es immer wieder in die Spielhälfte der Pirnaer, die sich alsbald auf die Verteidigung beschränken mußten. Bei V. fehlte es in der Hauptsache an Ballbehandlung und Zusammenhalt.

**Zschachwitz-Heidenau 4:1 (3:0).** Das Spiel zeigte bald wechselnde Ueberlegenheit und artete leider mitunter zu beiderseitiger Härte aus. Zschachwitz in der 12. Minute fiel das erste Tor durch den guten Halbkreis. Darauf durch Elfmeter Nr. 2. Bereits fünf Minuten später landete der Halbkreis zum dritten Male ein. Erst in der zweiten Halbzeit kam H. zum verdienten Ehrentor, konnte es aber dennoch nicht verhindern, daß Zschachwitz sechs Minuten vor Schluß durch blitzschnellen Durchbruch das vierte Tor schloß.

**DEB. 10-Potschappel 2:0. — Sturm-Cotta 2:2 (2:1). — Cohnmannsdorf-Sp. Sportfreunde 09 1:0 (0:0). — Radeberg-Deuben 0:2 (0:1). — Radeberg-Sportverein 01 1:2 (1:2).**

**DEB. 15-Weißig-Schönefeld 0:1** (13 Minuten vor Schluß wegen des Gewitters abgebrochen).

Am vergangenen Mittwoch: **DEB. 15-Cotta 5:1.**  
Am Sonnabend: **DEB. 15-Eintracht 1:2.**

**2. Klasse: A.S. 85 1** (früher Hebigau)—Völsau 2 3:2;  
Völsau 1—Graupa 1 2:3; Radeberg 1—Fortuna 1 2:0;  
Cotta 2 1:2; DEB. 2—Helios 2 1:2; DEB. 3—Potschappel 1 1:1; DEB. 3—Völsau 3 2:2; Pirna 2—01 2 0:3; Völsau 4—Vt. Erbsdorf 2 10:0; Radeberg 3—Radeberg 2 4:0.

**Jugend: DEB. 1—PKA 1 1:3; DEB. 1—Potschappel 1 0:0; Pirna 1—Helios 1 0:2; Neustadt 1—Potschappel 1 1:1; Eintracht 1—Neustadt 2 1:0; Süd 1—Völsau 2 1:4; Völsau 3—DEB. 2 2:1; Cohnmannsdorf 1—Weißig 1 3:1; Radeberg 1—Völsau 1 2:4.**

**Resultate aus südlichen Bezirken:**  
Bezirk Leipzig: Lindenau—Marxstraße 3:1; Stötteritz—Thella 5:0; Sachsen 07—Bennemik 3:3; Döhl—Weiß 03 3:1; Sp. U. Ost—Knauffenberg 1:0; Normanna—Jahn Weisk 1:0; Freuden-Rodau—Schlitz-Ehrenberg 7:1; Großschöcher—Vortwärts Süd 6:1.

**Bezirk Chemnitz:** Chemnitz—Sachsen 3:1; Jahn Weisk—Chemnitz 3:2; Fortuna—Cotta 6:1; Eintracht—Helios Weisk 2:3; Wacker—Frei Sport-Ehrenberg 6:1; S.V. Chemnitz—Pölschen (Bezirk Dresden) 0:2.

**Turnspieler vom 2. Bezirk.** Fußball-Stadionausfahrt gegen Plauen am 14. Mai, 6 Uhr im Drahghege. Den 18. Mai im Dresdner Volkshaus, 7 Uhr: Zusammenkunft aller Vereinsleiter vom gesamten 2. Bezirk, betriebs der Bezirksrunde. Der nicht kommt, darf nicht mitspielen. Alle Vereine, welche die Programme von Rähmisch noch nicht abgerechnet haben, müssen dies sofort tun, sonst sofortige Schwarzhaltung. 16. Mai, 6 Uhr: Bezirks-Spielausschussführung für Turnspiele im Dresdner Volkshaus.

**Sportartikel Bauernwisch-Potschappel.** Die diesjährige Generalversammlung des Sportartikels findet Sonnabend den 16. Mai, abends 7.30 Uhr im Restaurant Voigt, Weiskstraße statt. Die Vereine wollen das zur Kenntnis nehmen und in ihren Versammlungen im Mai Delegierte dazu wählen, auf je 50 Mitglieder 1 Delegierten, jede weitere angefangene 50 gilt als voll. Tagesordnung: 1. Bericht von der Arbeiter-Landes-Sportartikel-Konferenz, 2. Jahresbericht, 3. Anträge, 4. Neuwahl, 5. Allgemeines. Anträge sind bis zum 12. Mai an den Vorsitzenden Richard Kahl, Cohnmannsdorf, Schachstr. 17 einzuwenden.

**Turnverein „Die Naturfreunde“.** 1. Bezirk. Sonnenwendfeier der Ortsgruppe Dresden findet den 20. Juni auf der Kaisertrone in Schöna statt. Anmeldung zwecks Quartier bis Ende Mai in den Bezirksgruppen. Die Bezirksgruppenleiter melden die Teilnehmerzahl bis 3. Juni beim Vorsitzenden des Unter-Ausschusses. — Witz- und Friedlichstadt. 14. Mai Wanderliederabend. — Neustadt. 13. Mai Abendwanderung nach dem Keller. 7.45 Uhr Jugendheim. — Cotta. 14. Mai Vortrag. — Plauen-Völsau. Spiel- und Unterhaltungsabend.

**Theater am Wasaplatz**  
Heute und folgende Tage:  
**Der Gott der Rache!**  
Drama in 8 Akten von Schalom Asch  
Beginn Wochentags 8<sup>15</sup> Uhr, Sonntags 7<sup>15</sup> Uhr  
Sonn- und Feiertage, 3<sup>15</sup> Uhr nachmittags:  
**Hänsel und Gretel**  
Kindermärchen von Henning

**Gehen Sie**  
nach dem  
**Kredithaus Aktien**  
Weiskstr. 36  
dort erhalten Sie sämtliche  
**Textil- u. Konfektionsartikel**  
auf Teilzahlung bei geringer  
**An- und Abzahlung.**

Am vorteilhaftesten kauft man  
**Herren- und Damen-Räder,**  
**Nähmaschinen u. Zubehörteile**  
bei  
**Willy Haaf, Copitz**  
Am Rathaus. Besteingerichtete Reparaturwerkstatt.

Jeder Käufer erhält  
auf dieses Inserat  
5% Rabatt



**Tymians Täglich**  
**Das Thalia-8 Uhr**  
einziges  
**wirkliches Theater**  
**Volkstheater Dresdens**  
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

**P. P.**  
Einer geehrten Einwohnerschaft von Zschachwitz und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich anschließend an meine guteingegerichtete Fahrrad- und Nähmaschinen-Reparatur-Werkstatt und Autogenschweißerei eine  
**Schleiferei und Vernicklungs-Anstalt** 1761  
eingerrichtet habe.  
Es wird mein Bestreben sein, einen nur erstklassigen Nickel mit Vorverkupferung zur Ausführung zu bringen und bitte um gütige Unterstützung  
**Emil Russig, Mechaniker,**  
Zschachwitz, Pirnaische Straße 16,  
Fahrad- und Nähmaschinen-Handlung.  
Spezialität:  
**Emallieren und Vernickeln von Fahrrädern.**

**Zittau Zittau**  
**W. Peukert**  
Im Hirsch, an der Weberkirche  
**Vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Kurz-, Weiss- und Wollwaren**  
**Zittau Zittau**

**Uhren**  
jeder Art sowie  
**Schmuckfächer**  
kaufen Sie vorteilhaft bei  
**Krahmer**  
Pirna  
Lange Str. 4  
**Bierhandlung**  
**Kurt Noack**  
PIRNA  
Dohnaischer Platz 3

**Achtung! Achtung!**  
**Fahrräder**  
Warum haben Sie noch kein Fahrrad?  
Bei 25 RM. Anschaffung 12 RM. erhalten. Sie das Rad sofort mit Da. Zustellung. Gute Marken!  
Dresden-N., Altlichtenfeldstr. 29  
Ergebnis

**Spülapparate!**  
Klyso-Duschen, Spülkannen, Schläuche, Klistierspritzen, Unterlagen, Leib-, Monatsbinden und Gürtel, Hüftformer, Umstandskorsetts, Reformleibchen, Büstenhalter Hautana, Damenbedienung separat!  
Celluloid-Kragen, Vorhemdchen und Manschetten.  
**GRETE WEMME, PIRNA**  
Barbergassé 18, Tel. 344.

**Zittau Zittau**  
**Reparatur in Schuhwaren**  
fertig stellt in den billigsten Preislagen und schnell an  
**W. Wittwers Nachf., Zittau**

**Ihr Geschäft geht nicht!**  
Sichern Sie sich die Arbeiterkundschaft!  
Inserieren Sie in der **Arbeiterstimme**

**Drei Hausmarken**  
führen wir für unsere Mitglieder in dem besonderen Vertrauensartikel  
**gebrannter Kaffee**  
**Mischung I, extrafein, Guatemala-Mexiko-Neilgherry. Pfd. M. 4.40**  
**Mischung II, ff. Guatemala-Mexiko-Santos. . . . . Pfd. M. 3.80**  
**Mischung III, feinsten Santos . . . . . Pfd. M. 3.20**  
Sie sind unübertroffen im Geruch, im Geschmack und in der Preiswürdigkeit  
**Konsumverein Vorwärts**